Nr. 104 | Halle a. S., Donnerstag den 6. Mai 1909 | 20. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Verschleppung?

Schlotternde Angst vor einer Reichstagsauflösung.

Die Freisinnigen, voll und ganz wie immer, sind bereit, für Seine erhabene Durchlaucht den Fürsten Bülow und 400 Millionen indirekte Steuern zu sterben, aber Seine Durchlaucht bittet sie, sich einstweilen nicht zu bemühen. Reichstagsauflösung? Er will ja gar nicht, er denkt gar nicht daran. Wohl können — wer vermöchte in so schwankender Situation zu prophezeien? — plötzlich Ereignisse eintreten, die den Reichskanzler schließlich doch auf die Bahn bringen, auf die ihn der Liberalismus durch Zureden, Schmeicheln, Bitten und Ergebenheitsbeteuerungen bisher vergebens zu drängen versuchte. Einstweilen denkt Herr Bülow sicher an nichts anderes, als wie er sich, ohne Leibesschaden zu erleiden, aus der gefährlichen Klemme der Erbschaftssteuer wieder befreien kann.

Aus einigen der Regierung nahestehenden Blättern weht nun plötzlich wieder ein anderer Wind. Hieß es noch vor ein paar Tagen, die deutsche nationale Ehre stehe auf dem Spiel, jeder Tag Verzug koste das Volk soundsoviel Millionen, und es müsse darum ganze und rasche Arbeit gemacht werden, so liest man jetzt in denselben Blättern, die nationale Ehre stehe keineswegs auf dem Spiel, das Problem sei schwierig, seine Lösung könne nicht über das Knie gebrochen werden und darum genüge es, wenn sich der Reichstag vor den Sommerferien über die „Grundzüge" einer im Herbst zu erledigenden Reform einige.

Von den Ersatzsteuern einschließlich der Erbschaftssteuer ist es noch immer ganz stille. Dafür steigen aus dem Blocksumpf allerhand faule Kompromißblasen auf, um, an die Oberfläche gelangt, mit Gestank zu zerplatzen. Die „Tägl. Rundschau" erfährt aus verläßlicher Quelle, es werde jetzt ernstlich der Plan erwogen, an Stelle der Erbschaftssteuer 100 Millionen Matrikularbeiträge während eines Provisoriums von drei Jahren zu erheben. Nach drei Jahren soll dann „die Besitzsteuerfrage auf eine geordnete Grundlage gestellt" werden. Das hieße für den Freisinn, die geforderten 400 Millionen indirekter Steuern sofort bewilligen und die Lösung der sog. Besitzsteuerfrage auf den St. Nimmerleinstag verschieben lassen. Nach den „Hamb. Nachrichten" soll die begründete Aussicht bestehen, daß die Konservativen ihren Widerstand gegen die Erbschaftssteuer „nicht in vollem Umfange" aufrecht erhalten würden, zumal da die in Aussicht stehende Wertzuwachssteuer eine Milderung der Erbanfallsteuer zulassen würde. Die „gemilderte" Erbanfallsteuer würde aber den Beifall höchstens doch nur eines Teils der Konservativen finden, so daß eine Blockmehrheit für sie auf keinen Fall vorhanden wäre.

Die Großkapitalisten scheinen ebenfalls zurückzulaufen oder auf Bülow verzichten zu wollen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Organ der rheinischen Großindustriellen, bemerkt in ihrer Ausgabe vom 3. Mai:

„Wenn man nüchtern die Tatsachen und Möglichkeiten überschaut, kommt man zu dem Schlusse, daß das Heil der Regierung allein in einer Verständigung mit den Konservativen zu suchen wäre. Hat das diplomatische Geschick des Fürsten Bülow schon die letzten Mittel angewandt? Ja? Dann stehen nur zwei Türen offen: Die Reichstagsauflösung, der nochmalige Appell an das Volk, der jedoch kaum eine günstigere Mehrheit bringen würde — oder der Rücktritt. Ernst ist der Anblick der Notwendigkeit! Aber wir können uns nicht verhehlen, der Rücktritt wäre einer Reichstagsauflösung unbedingt vorzuziehen. Ein folgender Kanzler müßte das schwierige Werk, so gut es eben geht, in den Hafen bringen."

Im „Tag" redet, wie wir gestern schon kurz meldeten, der Reichsparteiler Dr. Arendt den Konservativen und den Freisinnigen zu, sich wieder zu vertragen, damit nicht die Sozialdemokratie den Vorteil habe. Er tritt für einen Kompromißvorschlag Gamp ein, der die erste Erbschaft unter Heranziehung der Deszendenten voll, bei jeder künftigen Erbschaft aber nur den Wertzuwachs und diesen dann mit verdoppeltem Steuersatz besteuern will. Herr Arendt argumentiert ganz köstlich:

> Der Abschluß eines solchen Kompromisses würde den Riß unter den bürgerlichen Parteien wieder ausgleichen, den Block neu beleben, die Reichsfinanzreform sicherstellen und uns vor einer schweren innern Krise bewahren. Er würde aber vor allem die konservative Partei retten, und das muß selbst für jeden weiter blickenden Freisinnigen (!) ein erstrebenswertes Ziel sein. Die Zertrümmerung der konservativen Partei müßte der Radikalisierung Deutschlands den weitest gehenden Vorschub leisten. Auch der Hemmschuh sichert in seiner Weise den wirklichen Fortschritt. Ohne Hemmschuh geht die Bewegung zu schnell und kann zum Unglück werden.

So weiß man also wenigstens, warum die Freisinnigen bei Stichwahlen immer konservativ wählen. Sie brauchen einen der sie hält, damit kein Unglück geschieht.

Auch Herr Arendt will keine Auflösung, denn für den Fall einer solchen prophezeit er 100 sozialdemokratische Mandate. Außerdem Zertrümmerung der konservativen Partei. Man kann es Herrn Bülow eigentlich gar nicht übel nehmen, wenn ihn solche Ansicht nicht lockt. Wie aber, wenn der Freisinn den Degen wieder einstecken muß, wird er sich dann wenigstens gegen den feigen verräterischen Führer wenden, der ihn im Stiche gelassen hat? Oder bleibt er Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bülow treu ergeben und gehorsam zu Wasser und zu Lande, in Krieg und Frieden?

Ein neuer Konflikt.

Vorgänge, die sich am Dienstag in der Budgetkommission des Reichstags abspielten, haben wesentlich dazu beigetragen, die Verwirrung der politischen Lage noch weiter zu steigern. Gegen den einmütigen Willen des Reichstags, die Besoldungen der untersten Beamten um einige Pfennige über den Regierungsvorschlag hinaus zu erhöhen, hat sich der Reichsschatzsekretär Sydow mit einer Schärfe ausgesprochen, die nur durch die gänzliche politische Ahnungslosigkeit dieses Herrn einigermaßen erklärt werden kann. Das Argument, daß die ganzen 28 Millionen, die der Reichstag zum Zweck der Aufbesserung bewilligen will, nicht aufzubringen seien, klingt aus dem Munde eines Reichsfinanzministers geradezu beschämend. Wenn irgendwo, wäre hier ein Anlaß gegeben, von „nationaler Schmach" zu reden.

Noch schärfer muß dagegen protestiert werden, wenn Herr Sydow gegen die geplante Gehaltserhöhung das Argument aufführt, dadurch würden die Arbeiterlöhne namentlich auf dem Lande „in die Höhe gerückt".

Ein Reichsschatzsekretär, der es als seine Aufgabe betrachtet, die Arbeitslöhne niedrig zu halten und der in demselben Augenblick 400 Millionen neuer indirekter die Massen belastender Steuern fordert, gehört in Wachs gegossen ins Panoptikum. Ein Parlament aber, das Sinn für die Interessen und Empfindungen des Volks hat, müßte sich die Anwesenheit eines solchen Herrn mit aller Entschiedenheit verbitten. Die Auffassungen des Herrn Sydow stehen unter jeder Diskussion.

*

Der Kampf um die Beute.

Mit diesen Worten bezeichnete in der gestrigen Sitzung der Steuerkommission, wenn auch ungewollt, so doch recht treffend, der konservative Abgeordnete Dietrich die Debatte über die Festsetzung des Durchschnittsbrands für die Branntweinbrennereien. Nach dem neuen Branntweinsteuergesetz gibt es zunächst ein Kontingent, das auf die einzelnen landwirtschaftlichen Brennereien verteilt wird. Für den innerhalb dieses Kontingents hergestellten Spiritus ist eine Verbrauchsabgabe von 115 Mk. pro Hektoliter zu zahlen. Zu diesem Kontingent kommt dann noch der Durchschnittsbrand. Es wird hier die Menge des in den Jahren 1898 bis 1907 erzeugten Alkohols berechnet und die dadurch gewonnene Summe wiederum auf die einzelnen Brennereien verteilt. Der Spiritus, der über das Kontingent hinaus, aber noch innerhalb des Durchschnittsbrands erzeugt wird, zahlt eine Verbrauchsabgabe von 135 Mk. pro Hektoliter. Was über diesen Durchschnittsbrand hinaus gebrannt wird, hat gewissermaßen zur Strafe noch eine besondere gestaffelte Betriebsauflage zu zahlen. Man will auf diese Weise verhüten, daß durch eine große Alkoholproduktion die Preise gedrückt werden.

Bei der Verteilung des Durchschnittsbrands versuchten nun die Sachwalter der Spirituszentrale eine Strafe für diejenigen Brennereien herbeizuführen, die sich der Zentrale nicht gefügt haben, als von dieser Vereinigung eine Produktionseinschränkung angeordnet wurde. Es wurde nämlich in § 60 verlangt, daß bei der Verteilung des Durchschnittsbrands Brennereien, die sich der Zentrale nicht gefügt hatten, mit ihrer Produktion genau so angesetzt werden sollen, als wenn sie ihren Betrieb eingeschränkt hätten. Damit wären diese Brenner durch ein Reichsgesetz dafür bestraft worden, daß sie der preistreibenden, agrarischen Spirituszentrale sich nicht gefügt hatten.

Die Konservativen machten verzweifelte Anstrengungen, den Paragraphen in dieser Form durchzubringen. Die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen wandten sich geschlossen gegen diese Art der Gesetzgebung; im Zentrum waren die Meinungen geteilt. Bei der Abstimmung wurde der Paragraph ganz abgelehnt, ebenso der mit ihm in Verbindung stehende § 61. — Die Spirituszentrale wird nunmehr die nötigen Unterlagen liefern, von denen sie glaubt, daß sie genügend sind, in der zweiten Lesung einen andern Beschluß herbeizuführen. Eine Hoffnung, die kaum in Erfüllung gehen wird.

*

Nationalliberales Heldentum. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hielt am Dienstag mittag Fraktionssitzung ab, um Stellung zu nehmen zu der momentanen Situation. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Weber hatte am Sonnabend nach der Abstimmung in der Finanzkommission erklärt, daß seine Freunde sich zunächst noch an den Arbeiten der Kommission beteiligen würden, eine endgültige Stellungnahme sei ihnen aber erst nach der Beratung innerhalb der Fraktion möglich. Diese Stellungnahme ist nun erfolgt und sie ist wieder einmal echt nationalliberal. Die nationalliberale Reichstagsfraktion will zunächst einmal abwarten, was Fürst Bülow zu tun gedenke.

Politische Uebersicht.

Halle, den 5. Mai 1909.

Die Wohlfahrtsplage vor dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Dienstag die Besprechung unserer Interpellation über die gesetzliche Regelung der Zwangskassen für Arbeiter fort, diese „Wohlfahrtseinrichtungen" großer Fabrikherren, die ihren eigenen Vorteil sehr wohl verstehen. Als erster Redner trat Herr Arendt auf, der Mann aus semitischem Stamm und an das alte Testament erinnernden Allüren, aber mit urteutonischem Herzen und echt christlicher Gesinnung. Diese christliche Gesinnung findet er auch bei den Begründern der Pensionskassen, vor allem, der Firma Krupp, die von den bösen Arbeitern so ungerecht getadelt wird. Herr Arendt rüffelte auch den Staatssekretär, weil er die Interpellation überhaupt ernsthaft beantwortet habe; der Reichstag solle lieber die Finanzreform erledigen, als seine Zeit mit der Benörgelung solcher echt christlichen Einrichtungen hinbringen. Eindruck machte dieser Harlekin nicht. Nicht einmal der Antisemit Werner leugnete die bei den Kassen zutage getretenen Mißstände. Auch Herr Brejski und Behrens schlossen sich der Forderung nach gesetzlicher Regelung der Verhältnisse dieser Kassen an. Unsere Genossen Hengsbach und Hué gingen mit dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg ins Gericht, der sich am Donnerstag energisch gegen jede gesetzliche Regelung ausgesprochen hat und die Beseitigung aller Schäden von der „freien Entwicklung" unter der Aegide unseres „sozial gesinnten Unternehmertums" erwartet. Hengsbach geißelte die devoten Ehrenbezeugungen, welche die Vertreter der Regierung jederzeit dem Götzen Kapital darbringen, fühlen sie sich doch ganz als Handlanger der Unternehmer gegenüber den Arbeitern und versäumen es nie, bei den Verhandlungen der Pharmaceuten der weißen Salbe zu erscheinen und ihnen ihre Ergebenheit zu versichern. Hué wies schneidend nach, wie unrecht der Staatssekretär hatte, als er unsere Sozialgesetzgebung als Ausfluß der Betätigung sozial gesinnter Unternehmer hinstellte; gerade von der Arbeiterschaft sind alle Anregungen auf Zusammenschluß der Arbeiter auch in den Versicherungen ausgegangen. Der Staatssekretär, der hier bei den Zwangspensionskassen der Unternehmer der freien Entwicklung das Wort redet, ist derselbe, der durch die famose Reichsversicherungsordnung der freien Entwicklung in den Ortskrankenkassen den Garaus machen will. Die Antwort des Staatssekretärs war nichts, als ein verlegenes Stammeln.

Mittwoch wird sich der Reichstag mit dem Viehseuchengesetz und der Haftung des Reichs für seine Beamten beschäftigen.

Byzantinismus und Geschichtsklitterung in der Schule.

Im preußischen Dreiklassenhaus übte am Dienstag bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Kultusetats Genosse Ströbel eine vernichtende Kritik an der heutigen Schule. Zur Erörterung standen die höheren Lehranstalten, also die Schulen, in denen vornehmlich die besitzende Klasse ihre Söhne und Töchter schickt. Der Klassencharakter dieser Schulen kommt schon allein durch die Tatsache zum Ausdruck, daß den sechs Millionen deutschen Volksschülern nur 360 000 höhere Schüler gegenüberstehen. Dabei ist der Prozentsatz der wirklich Dummen, die überhaupt nichts lernen können, ein so winzig kleiner, daß er überhaupt nicht erheblich ins Gewicht fällt. Trotzdem versperrt der heutige Klassenstaat der großen Masse der Intelligenzen unter den ärmeren Volksschichten durch ein hohes Schulgeld den Zutritt zu einer höheren Bildung. Deshalb kam unser Redner auch bei dieser Gelegenheit zu der von der Sozialdemokratie in Uebereinstimmung mit den ersten Pädagogen unserer Zeit erhobenen Forderung der Einheitsschule für alle Kinder und der unentgeltlichen Weiterbildung aller nur einigermaßen befähigten Schüler.

Von dieser prinzipiellen Forderung ausgehend, kritisierte unser Redner aber auch in eingehender sachkundiger Weise den heutigen Schulorganismus an sich. Er nahm Bezug auf eine große Versammlung, die, von der Gesellschaft für Deutsche Erziehung einberufen, kürzlich in Berlin getagt hat, und auf der nicht etwa von mißvergnügten Lehrern oder einigen Sonderlingen an einzelnen Schulfächern Kritik geübt worden ist, sondern auf der hervorragende Gelehrte und alte Praktiker das ganze Schulsystem als veraltet und sinnlos verworfen haben. Eingehend verweilte Ströbel bei der Kritik an dem Geschichtsunterricht, wie er heute an den höheren Schulen gegeben wird. Er konnte einige besonders drastische Fälle von Geschichtsfälschung über Vorgänge aus dem „tollen Jahr" vorbringen, die einige an höheren Schulen gebräuchliche Geschichtsbücher sich geleistet haben. Gefährlich wird diese Geschichtsklitterung, wenn sie geradezu zu einer Verherrlichung des Krieges ausartet. Hat man doch sogar auf einem Gymnasium als Aufsatzthema einen „Vergleich von Krieg und Gewitter" gestellt, ein Thema, das doch nicht anders zu verstehen ist, als daß der Krieg wie das Gewitter „luftreinigend" wirkt. Eine solche Anschauung über den Krieg mag ja eminent „staatserhaltend" sein, gut christlich ist sie sicher nicht. Daß alles Gute, was in der Vergangenheit geschehen ist, ureigenes Werk der preußischen Könige ist, versteht sich bei einem solchen „Geschichtsunterricht" von selbst. Auch ein Mann, der nicht Sozialdemokrat ist, Prof. Ludwig Gurlitt, hat sich dahin ausgesprochen, daß eine solche Erziehungsmethode notwendigerweise Byzantinismus und Hurrapatriotismus zur Folge haben muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0001

Unser Redner konnte sich bei seinen weiteren Ausführungen auf Leute wie Wilhelm Bölsche und Heinrich Hart berufen, die auf Kongressen und in Broschüren die heutige Anhäufung eines zusammenhanglosen Wissens bekämpft haben und für eine harmonische Ausbildung aller Kräfte des Körpers und des Geistes eingetreten sind. Aber von diesen Erziehungsidealen will der kapitalistische Staat nichts wissen, denn er braucht Untertanen und Beamte und keine freien Persönlichkeiten mit allgemeiner Bildung. So erklärt sich die Maßregelung eines Schücking, der mehr war als lediglich ein Exekutivbeamter des Staates, und so erklären sich die zahlreichen Beamtenmaßregelungen der letzten Tage. Die Beamten sollen eben nur den engen Gesichtskreis ihres Spezialberufs haben, jenen Spezialismus, der sich vom Fachidiotismus so gut wie nicht unterscheidet. Eine endgültige Regelung dieser wichtigen Fragen ist nur in der sozialistischen Gesellschaft denkbar, die einen jeden dahin stellen will, wo er das Tüchtigste leisten kann. Unserem Redner erwiderte der Freisinnige Cassel und der Nationalliberale Dr. Maurer, die im schönsten Kriegervereinspathos ein Loblied auf die heutige Schule und ihre Art Geschichtsunterricht sangen.

Beamtenabspeisung.

Aus der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags, die wir kritisch bereits im Leitartikel gestreift haben, wird noch gemeldet: Auf Grund einer Vereinbarung der Parteien sind eine Anzahl Abänderungsvorschläge eingereicht worden, die eine Erhöhung der Gehälter der verschiedenen Beamtenkategorien vorsehen. Staatssekretär Sydow erklärte, daß diese Anträge in ihren Wirkungen eine Mehrbelastung von 26 Millionen bedeuten würden, und zwar 16 Millionen auf die Gehälter der Unterbeamten und 10 Millionen auf die der mittleren Beamten. Die Regierung könne sich darauf nicht (!) einlassen; denn sie müsse „Rücksicht" nehmen auf die im preußischen Abgeordnetenhause beschlossene Erhöhung der Beamtengehälter. Es sei nicht angängig, daß man den Beamten im Reiche höhere Gehälter zahle, als im größten Bundesstaat Preußen.

Gegen diese Darlegungen wenden sich die Abgeordneten Singer und Erzberger. Der vom Staatssekretär vertretene Standpunkt, daß das Reich sich in bezug auf die Beamtenbesoldung nach Preußen richten solle, sei ein ganz unhaltbarer. Das Reich sei doch keine Filiale Preußens. Das Gegenteil könne man weit eher verlangen. Wenn aber das Besoldungsgesetz an dem Widerstande des Bundesrats scheitern sollte, so trüge auch dieser dafür die Verantwortung.

Ob die Beamten bald sehen lernen werden?

Im Auftrage der Firma Krupp.

Der freikonservative Abgeordnete Dr. Arendt hielt gestern nachmittag im Reichstag eine Rede zur „Verteidigung" der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, die reichlich mit boshaften Ausfällen gegen die Sozialdemokratie gespickt war.

Wie wir soeben erfahren, ist diese Rede dem Herrn Dr. Arendt am Abend vorher im Hotel de Russie von zwei Vertretern der Firma Krupp diktiert worden!

Ein „Kulturbild".

Vor einigen Tagen ereignete sich auf dem Bahnhof Dahlenburg der Linie Berlin-Buchholz ein Vorfall, der ein treffendes Schlaglicht auf preußische Zustände wirft. Ein Gutsbesitzer drang in Begleitung zweier Gendarme in einen Wagen vierter Klasse ein, in dem sich eine Anzahl polnischer Landarbeiter und -Arbeiterinnen befanden. Mit dem Rufe: „Raus, raus mit euch!" packten die Gendarme die vom Gutsbesitzer bezeichneten Landarbeiter und zerrten sie mit Gewalt auf den Bahnsteig. Der Vorarbeiter, den der Gutsbesitzer aus leicht begreiflichen Gründen nicht mit zurückgeführt haben wollte, stellte den Gendarmen vor, daß nicht die Arbeiter kontraktbrüchig geworden seien, wie der betreffende Gutsherr behauptete, sondern daß sie den Dienst verlassen hätten, weil der Gutsherr seine kontraktlichen Pflichten nicht einhielt. Der Gutsbesitzer verhinderte den Vorarbeiter am Weitersprechen, indem er ihn mit dem Revolver bedrohte. Die Gendarmen befolgten auch die Weisungen des Gutsherrn, und merkwürdigerweise hatte auch der Bahnhofsvorsteher gegen die Urheber dieser Szenen nichts einzuwenden, sondern unterstützte ebenfalls den Rücktransport der vor Aufregung laut schreienden polnischen Arbeiter, die vergebens protestierten.

Konfusionistisches aus Frankreich.

Aus Paris schreibt man der „L. V.": Die Stimmung der Wähler ist jetzt dem Sozialismus überaus günstig. Der Radikalismus ist politisch bankrott, die antirepublikanische Opposition verschwindet zusehends überall mit Ausnahme von ein paar abgelegenen Provinzwinkeln, die noch tief in der mittelalterlichen Gesellschaftsverfassung stecken. Die lärmende „direkte Aktion" der royalistischen Jungmannschaft in Paris bedeutet noch weniger als die Fanfaronaden der anarchistischen Demagogen und ihrer konfusen Nachläufer. Für die sozialistische Partei wäre also die Situation ausgezeichnet, wenn sie selbst nicht der Wählerschaft ein Schauspiel der Verwirrung und Disziplinlosigkeit darböte, das bei einiger Fortdauer ihre Werbekraft in Gefahr bringen muß. Für beide Tatsachen — den Zulauf der Wähler und die Desorganisation des Parteikörpers — sind zwei am Sonntag vorgenommene Nachwahlen charakteristische Zeugnisse. In Moulins im Departement Allier hat die Partei einen wahrhaft verblüffenden Sieg errungen. 1906 hatte sie dort 883 Stimmen aufgebracht, gegen 7721 radikalsozialistische und 4563 „liberale", d. h. konservative. Diesmal siegte der sozialistische Kandidat Mille im ersten Wahlgang mit 4977 Stimmen. Der Radikalsozialist bekam 3625, die Konservativen hatten überhaupt keinen Kandidaten aufgestellt. Die radikale Presse behauptet natürlich, die Reaktionäre hätten dem Sozialisten ihre Stimme gegeben, aber sie erklären nicht den Stimmenverlust von über 4000, der genau dem Gewinn der Sozialisten entspricht. Daß dieses Resultat mehr eine Demonstration der Wähler gegen das radikale Regime ist, als die Frucht einer sozialistischen Organisationsarbeit, geht daraus hervor, daß das ganze Departement nicht einmal 800 eingeschriebene Parteimitglieder aufweist. Das Verhältnis wird wohl nicht günstiger sein als im Pariser Vorortwahlkreis Sceaux, wo Genosse Restoux 6000 Stimmen bekam, bei einem Organisationsbestand von — 60 Mitgliedern! Die Organisationsarbeit könnte ja nach einer solchen glänzenden Wahlkampagne unter den günstigsten Bedingungen einsetzen, aber wird sie das? In der Partei macht man einerseits dem Antiparlamentarismus die weitgehendsten Konzessionen, andererseits unterläßt man es, die Kontrolle der Gewählten durch starke Wahlkreisorganisationen zu sichern.

Ein richtiger Parteiskandal aber bietet sich in der Wahl in Boulogne-sur-Mer dar. Dort hatte die Föderation des Pas-de-Calais ihren alten Kandidaten von 1906, Degay, aufgestellt, der damals in der Stichwahl gegen einen Progressisten unterlegen war. Degay aber ist jener Unterchef des Kabinetts des Arbeitsministers Viviani, den der Kongreß in St. Etienne, mit den Stimmen der eignen Föderation, vor die Alternative gestellt hatte, zwischen dem Amt und der Kandidatur zu wählen. Wie wir in unserm Bericht über den Parteitag vorausgesehen haben, hat Degay diesen Beschluß einfach ignoriert. Trotzdem ging die Föderation mit ihm. Die Wähler — der Wahlkreis ist überwiegend proletarisch — parierten indes nicht so, wie Degay und seine Förderer angenommen hatten. Degay bekam 6590, ein andrer „Sozialist", der auf eigne Faust kandidierte, dagegen 8495 Stimmen. Außerdem der Progressist 6390 Stimmen. Die Wähler haben nun die angenehme Möglichkeit, sich zwischen zwei „Sozialisten" fragwürdigster Qualität zu entscheiden. Die originellere Figur ist jedenfalls Herr Degay, der als Attaché eines Ministers ein regierungsoffizieller und als Schützling der sozialistischen Föderation gleichzeitig ein parteioffizieller Kandidat ist. In der Kammer wäre er ein würdiger Kollege Bretons, der ja auch — als einziger — auf dem Parteitag gegen die an Degay gerichtete Aufforderung gestimmt hat.

Im Zusammenhang mit dieser erbaulichen Wahlaffäre mag eines „antiparlamentarischen" Beschlusses gedacht werden, den eine Versammlung von sehr revolutionär sein wollenden Beamten vor einigen Tagen gefaßt hat und der die namenlose Verwirrung charakterisiert, die besonders dank der „Diplomatie" einiger Pariser Parteiführer und der Opportunitätspolitik der Humanits in der Pariser sozialrevolutionären Bewegung zur Herrschaft gelangt ist. Die Beamten des Zentraltelegraphenamts haben nämlich einstimmig beschlossen, daß kein Mitglied ihres Verbands im nächsten Jahr für die Kammer kandidieren darf. Mit dieser feierlichen Reservierung des Gesetzgeberamts für Unorganisierte und Feinde der Arbeiterbewegung ist wohl der Gipfel des Unsinns erreicht.

Deutsches Reich.

— **Reichstagsdispositionen.** Der Seniorenkonvent des Reichstags hat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, Mittwoch und Donnerstag Plenarsitzungen abzuhalten, Freitag, Sonnabend und Montag bleiben frei für die Kommissionsverhandlungen. In der nächsten Woche finden dann wieder von Dienstag bis Donnerstag Plenarsitzungen statt, die folgenden Tage sind dann wieder für die Kommissionsverhandlungen reserviert.

— **Ein agrarischer Rüffel an Bülow.** Die „Deutsche Tageszeitung" berichtet, daß ein Ehrenamtmann in Westfalen zu einer Versammlung des Bundes der Landwirte eingeladen habe, in der gegen die Nachlaßsteuer Stellung genommen werden sollte. Die Einladung trug „versehentlich" den amtlichen Charakter des Einberufers. Darauf hat nun der Landrat telegraphisch erklärt, daß dies gänzlich unzulässig sei und verfügt, daß der Ehrenamtmann der Versammlung persönlich selbstredend fernzubleiben habe. Der Ehrenamtmann ging aber doch hin und zwar in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsitzender des Bundes der Landwirte.

Die „Deutsche Tageszeitung" richtet nun wutschnaubend an den Ministerpräsidenten, den Fürsten Bülow, die Anfrage, ob er dieses Vorgehen des Landrats billige, und kündigt der Regierung an, daß sie bei der dritten Lesung des Etats im Abgeordnetenhause wegen dieses Vorgangs heftige Angriffe zu erwarten habe. Die Großagrarier halten energisch daran fest, daß die Regierung ihr unbedingt ergebener Knecht bleibt.

— **Gegen die Geldverschleuderung durch „Repräsentation".** Die „möglichste" Beschränkung der amtlichen Dienstreisen verlangt ein Erlaß der zuständigen preußischen Minister, der unter dem 26. April d. J. ergangen ist. Nachdem eingangs zugegeben worden ist, daß die Reisetätigkeit der Beamten in den letzten Jahren einen Umfang angenommen habe, der zu einer nicht zu rechtfertigenden Belastung der Fonds geführt habe, werden „behufs tunlichster sachgemäßer Beschränkung der Dienstreisen" eine Anzahl Anordnungen getroffen, die zu nichts verpflichten und alles beim Alten lassen.

— **Oeffentliche Aufzüge sind in Preußen steuerfrei.** Aus Anlaß eines besonderen Falls haben der Finanzminister und der Minister des Innern darauf aufmerksam gemacht, daß die gemäß § 7 Absatz 1 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 erteilten polizeilichen Genehmigungen öffentlicher Aufzüge mit Rücksicht darauf, daß ihre Erteilung ausschließlich im öffentlichen Interesse erfolgt, in stempelsteuerlicher Hinsicht ebenso zu behandeln sind, wie die vom 19. April 1908 erteilten polizeilichen Genehmigungen von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, deren Steuerfreiheit bereits anerkannt ist.

Abdul Hamid.

Zum Zusammenbruch der türkischen Despotie.

Aus einer Schilderung der Regierungstätigkeit des heute gestürzten Sultans, die der türkische Schriftsteller Sefer Bey vor zwei Jahren in der Pariser „Revue" veröffentlichte, gewinnen wir das Bild eines Despoten, wie ihn, wenn überhaupt jemals, die neuere Zeit auf keinem Thron zum zweiten Male gezeigt hat.

Da Abdul Hamid es an seinem Vorgänger erlebt hatte, wie leicht man durch eine Palastrevolution gestürzt werden konnte, so lag seiner ganzen Regierungszeit der Gedanke zugrunde, sich vor ähnlichen Ueberraschungen zu schützen und jedes mögliche Einverständnis zwischen den Männern, die Werkzeuge seiner Macht waren, zu verhindern. Die gesamte Beamtenschaft, die Richter, Offiziere und Diplomaten wurden, soweit sie noch aus der Zeit seiner Vorgänger stammten, zu seiner Anschauung von der Regierung gezwungen und falls sie sich weigerten, gewaltsam unterdrückt. Alle Mittel waren ihm gut genug zu diesem Zweck. Er begann damit, nicht nur die Männer verschwinden zu lassen, die ihm die Macht verschafft hatten, sondern er entfernte auch den ganzen alten Hof: Kammerherren, Sekretäre, Flügeladjutanten usw. Er gründete zu diesem Bedarf eine Zivil- und Militäranstalt und besetzte sie mit jungen Leuten, die er nach seiner Weise modelte. Er schied sodann alle Generäle aus, von denen er einige Unabhängigkeit fürchtete. Er teilte die Armee von Konstantinopel in zwei Korps. Eines dieser Korps stand unter nominellem Kommando des Kriegsministers, den subalterne Offiziere überwachten, die wiederum von andren beständig ausspioniert wurden. Das zweite Korps bildete des Sultans persönliche Garde, die er um den Yildis in Kasernen und Baracken hielt und mit ganz besonderer Fürsorge umgab. Während die andern Truppen von Konstantinopel und den Provinzen immer in der äußersten Dürftigkeit lebten, schwelgte die Prätorialgarde im Ueberfluß.

Als Ueberma& der Vorsorglichkeit und Vorsicht streute er Mißtrauen innerhalb seiner Truppen aus, indem er die einzelnen Völkerstämme seines vielsprachigen Reiches gegen einander ausspielte. Da die Flotte eine aktive Rolle bei der Absetzung seines Oheims gespielt hatte, so stellte er sie unter Befehl eines Paschas, der ihm ergeben war und dessen einzige Aufgabe darin bestand, diese Seemacht vollständig untüchtig zu machen, indem er sie im Goldenen Horn eingeschlossen hielt. Von den Justizbeamten schied der Sultan alle aus, die als unabhängig galten. Statt dessen füllte er die Tribunale mit Leuten, die nicht einmal etwas von der Existenz eines Gesetzbuches ahnten, und ließ sie Verhaftungen vollziehen und Urteilssprüche fällen, bei denen er sich nur von seinem Belieben, von seinen Leidenschaften und Ränken leiten ließ. Jeder Versuch der Unabhängigkeit und das Lesen verbotener Schriften wurden mit Entsetzung und Verbannung bestraft.

Was die Diplomatie anbetrifft, so kreierte der Sultan ein neues Personal, dessen Mission im Auslande darin bestand, nicht etwa die Interessen des Landes zu wahren, sondern die Presse zu überwachen, sie im Solde zu haben, von der Wahrheit abzulenken und vor ihr alle Schimpflichkeiten dieses verderblichen Regimes zu verbergen. Um die Türken, seine Glaubensbrüder, ihre Lage vergessen zu machen, schlug er in der innern Politik folgenden Weg ein: Er erregte den Antagonismus der Rassen und spielte die einen gegen die andern aus, sodaß eine ständige Uneinigkeit geschaffen wurde. Er bildete in Konstantinopel sogar ein Korps von Spionen, das aus den berüchtigsten Banditen zusammengesetzt war, die den Auftrag hatten, im Palais täglich Tausende von Berichten zu erstatten, die nicht nur über das, was ihre Verfasser beobachtet und gehört hatten. Auskunft gaben, sondern auch vieles enthielten, was sie selbst erfunden, provoziert und angestiftet hatten. Die Gesandtschaften wurden ausspioniert, in der Person der Gesandten, ihrer Frauen, ihrer Kinder, ihrer Sekretäre, und mehrere Dragomans wurden erkauft, um das gewünschte Resultat zu erhalten. Kein Telegramm, selbst nicht das unbedeutendste, wurde dem Adressaten ausgeliefert, ohne die Unterschrift des Beamten zu erhalten, dem der Sultan dieses Mandat anvertraut hatte. Kein Brief wurde abgeliefert, bevor er das schwarze Kabinett passiert hatte.

Deshalb ließ er auch die Truppen ohne Patronen, die Kanonen wurden in Kasematten eingeschlossen, deren Türen versiegelt waren. Die Minister sahen sich nicht, es sei denn, daß sie sich vereinigten, um ihren Conseil an der Hohen Pforte oder im Palais abzuhalten. Jeder Minister, wenn er sein Portefeuille behalten wollte, hatte den Auftrag, am Ende jeder Sitzung einen besondern Bericht zu machen über das, was während der Beratung gesprochen worden war. Personen, die für gewöhnlich dem Conseil des Kabinetts fremd waren, nahmen teil daran, um das Gehaben eben dieser Minister zu kontrollieren. Jeder Kommandant eines Armeekorps, jeder Gouverneur einer Provinz, jeder Obersteuerdirektor, jeder Präsident eines Gerichtshofs wurde von Adjunkten kontrolliert, die offiziell den Namen von Inspektoren trugen, aber in Wirklichkeit Spione waren, die direkt nach dem Jildis telegraphierten und, falls nötig, ihre Vorgesetzten verhaften konnten. Der Staatsconseil, der sich ursprünglich auf etwa 30 Mitglieder beschränkte, wurde zur Rolle einer Versammlung von Müßiggängern heruntergedrückt und enthielt über 300 Späher, darunter Kinder und ehemalige Dienstboten. Der Conseil der Präfektur, der unter der vorhergehenden Regierung aus etwa 12 Mitgliedern bestand, wurde auf 150 erweitert, ebenso der Conseil der öffentlichen Aufklärung, des Katasters, des Zolls und noch vieler andrer.

Wir führen unter den Opfern dieser ungeheuerlichen Regierung an: Midhat Pascha, in Taïf erwürgt; Savfet Pascha, der im Elend starb, ebenso Aarifs Pascha, beide ehemalige Minister des Auswärtigen; Saadullah Pascha, der in Wien „durch Selbstmord" starb; das Heimweh hatte ihn gebrochen. Hussein Pascha, Kriegsminister und redlichster Mann der Türkei, verschwand plötzlich eines Nachts und kein Arzt wurde gerufen, um die Todesursache festzustellen. Kemal Bey, der größte Dichter der modernen Türkei, starb an der Schwindsucht in seiner Verbannung in Mytilene. Osman Pascha, der Held von Plevna, erlag einem Herzleiden in seinem vergoldeten Käfig zu Yildis. Man könnte einen ganzen Band mit der jammervollen Liste der politischen Verbrechen füllen, die unter dieser Regierung begangen worden sind. Mehrfach sind die Militärschule, die Medizinschule und die Rechtsfakultät dezimiert worden, und zu Hunderten wurden Professoren und Zöglinge nächtlicherweise an die äußersten Grenzen des Reiches verbracht. Um in dieser Weise 25 Millionen Menschen in seiner Hand zu halten, brauchte Abdul Hamid ungeheure Geldmittel. Unter dem Vorwand, die Besitzer türkischer Staatspapiere im Auslande zu befriedigen, richtete er seine berühmte „Schuldenkasse" ein, die anfangs ein sehr begrenztes Mandat hatte und die später zu einem wunderbaren Mittel wurde, Geld zu machen. Die Institution dieser Kasse gestattete Abdul Hamid, ohne daß er sich den Anschein gab, eine Anleihe zu machen, besonders Frankreich kolossale Summen abzulocken. Aller Bodenbesitz, der dem Staat gehörte, wurde seinen Domänen eingegliedert. Ein christlicher Minister, der absichtlich unter den kleinsten Beamten gewählt worden war, wurde an die Spitze dieser Verwaltung gestellt, und seine Manöver brachten die Einnahmen der Krone von 3 Millionen auf 30 Millionen jährlich.

Abdul Hamid hatte früh die Politik der verschiednen europäischen Mächte durchschaut und nach ihrem Wert erkannt. Er konnte nur ein hemmendes Rad antreffen: die Intervention der Mächte. Aber er wußte, daß es wegen ihrer gegenseitigen Eifersucht nicht dazu kommen konnte, und so hat er sich über ihre scheinbaren Drohungen lustig gemacht. Mitten in den Greueln der „armenischen Vesper" schickte Abdul Hamid mit frecher Stirne nach St. Petersburg Perlen und Rubinen im Werte von 1 200 000 Frs., und dem Zaren kam nicht einen Augenblick der Gedanke, mit der Stiefelspitze dies Geschenk von sich zu stoßen, das mit Blut gefärbt war.

Welche Geschicklichkeit bei diesem kleinen magernen Mann mit dem erdfarbnen Teint und unsichern Blick! Im ersten Moment erschien er voll Liebenswürdigkeit, einschmeichelnd, verführend; er entfaltete seine sanfteste Stimme und seine anziehendsten Gesten, um jemanden zu fesseln und zu bestricken. In all seinen Audienzen beklagte er sich über seine Ohnmacht, all das Gute zu tun, was er zu tun wünschte, er denunzierte in perfider Weise seine Umgebung, deren Unfähigkeit und Habgier er eingestand; er beschuldigte seine Minister der Bestechlichkeit und Unwissenheit, seine Höflinge der Inkompetenz und Niedrigkeit. Jedoch er war es, der die einen wie die andern erwählt hatte. Er gab vor, Toleranz zu predigen und war der Intoleranteste.

Ein Ränkeschmied, bulgär in seiner Sprechweise, war er feige und beständig von Furcht und Halluzinationen gequält. Bei seiner wöchentlichen Ausfahrt in die Moschee von Hamidiè vor das Tor seines Palais nahm er Greise und Kinder in seinen Wagen. Er sagte sich, daß man nicht wagen würde, auf ihn zu schießen, aus Furcht, seine Begleitung zu treffen.

Als der Großfürst Nikolaus sich mit der Vorhut der russischen Armee Konstantinopel näherte, hielt es Abdul Hamid nicht mehr am Platze aus; er ließ seine beste Jacht bereit halten, um den Bosporus zu überschreiten und sich nach Brussa zu flüchten. Diese Nacht vom 20. März 1878 verlief tragisch: Ohne die energische Haltung seines Schwagers Mehmed Pascha hätte Abdul Hamid vielleicht Konstantinopel verlassen, um nicht wieder dahin zurückzukehren. Trotzdem ließ er als Königsmörder den verurteilen, der ihm den Thron gerettet hatte. Sein Schwager, der in die Ermordung seines Onkels Abdul Asis verwickelt war, wurde in Taïf erdrosselt.

Vielleicht kommt dem gestürzten Sultan jetzt in der Einsamkeit seiner Verbannung die Erinnerung an seine früheren Untaten und mit ihr eine Reue, die bei der Schwere seiner Schuld quälender und verzehrender sein müßte, als bei jedem andern Sterblichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0002

Türkei.

Verfassungsrevision.

Konstantinopel, 4. Mai. Die Verfassungsrevision, mit deren Beratung die Kammer begonnen hat, umfaßt in ihren Hauptpunkten folgende Bestimmungen:

Der Sultan leistet unmittelbar nach der Thronbesteigung vor dem Parlament den Eid auf die Verfassung und das Scheria. Er ernennt nur den Großwesir und den Scheik ul Islam. Der Großwesir bildet das Kabinett, das zurücktreten muß, wenn die Kammer ihm ihr Mißtrauen ausspricht. Wird die Kammer aufgelöst, so haben innerhalb dreier Monate Neuwahlen stattzufinden. Die Präventivzensur wird aufgehoben. Gegen die Verfassung oder Einheit des Staates gerichtete Vereinigungen sind untersagt. Wenn die Kammer eine Regierungsvorlage zweimal ablehnt, wird sie aufgelöst, wenn jedoch die neue Kammer die Regierungsvorlage abermals ablehnt, so ist deren Entscheidung bindend. Die Session dauert sechs Monate. Der Senat besteht aus 45 Mitgliedern, von denen ein Drittel vom Sultan ernannt, die übrigen von der Kammer gewählt werden, und zwar sämtlich für neun Jahre. Die Senatssitzungen sind öffentlich. Das Recht des Sultans, staatsgefährliche Personen in die Verbannung zu schicken, wird aufgehoben.

Abdul Hamids Werk.

Konstantinopel, 4. Mai. Nach englischen Konsularmeldungen sind in Adana, der gleichnamigen Hauptstadt der Provinz 1600 Christen und 600 Muselmanen, die bei den Massakres umgebracht wurden, beerdigt worden. Der abgesetzte Wali Djevad Pascha, welcher auf Befehl des Jildiskiosk (!) die Massakres anordnete, ist verhaftet worden. Das dorthin delegierte Kriegsgericht wird ihn aburteilen und ihn in Adana selbst hängen lassen. — Bisher wurden im Palast Abdul Hamids 650 000 Pfund, gleich 10 326 000 Mark, bestehend in Gold und Kassenscheinen, vorgefunden und den Staatskassen einverleibt.

Konstantinopel. In den unterirdischen Gängen des Jildis sind 500 Säbel und 10 000 Revolver gefunden worden.

Die jungtürkische Zensur.

Konstantinopel, 5. Mai. Die militärischen Machthaber fangen an, gegen die Zeitungen scharf vorzugehen, um auf diese Weise ihnen unangenehme Meldungen zu unterdrücken. Ueber die Vorgänge in den Provinzen (!) darf nicht mehr berichtet werden. Alle Zeitungen müssen vor der Ausgabe der Zensur vorgelegt werden. Auch gegen den Herausgeber der „Independence" ist vom Kriegsgericht ein Haftbefehl erlassen worden.

Die Hinrichtungen.

Konstantinopel, 5. Mai. Heute früh wird die öffentliche Hinrichtung 43 zum Tode Verurteilter vorgenommen; unter denselben befindet sich auch der Kommandant der Topkhanekaserne, Oberst Ismael, und der Chefredakteur des „Ikdam".

Frankreich.

Die Repressalien gegen die Postbeamten.

Paris, 4. Mai. Die Zahl der gemaßregelten, resp. vorläufig ihres Dienstes enthobenen Postangestellten beträgt im ganzen 52. Unter den Postbeamten herrscht allgemeine Erbitterung über das rigorose Vorgehen der Regierung, und es bedarf nicht viel, so kommt es wieder zum Streik. Wie nachträglich berichtet wird, fand gestern abend in dem Postbureau der Province-Straße ein Zwischenfall statt, der beweist, daß die Aufregung unter den Postbeamten noch immer fortdauert. Um ½8 Uhr abends wurde plötzlich der Arbeitssaal in Dunkelheit gehüllt, weil das elektrische Licht versagte. Die anwesenden Postbeamten stellten die Arbeit ein und begannen Schimpfworte gegen den Unterstaatssekretär sowie gegen ihre Vorgesetzten auszustoßen. Der Direktor des Bureaus versuchte vergeblich, die Ordnung wieder herzustellen. Erst nach einer halben Stunde funktionierte die elektrische Beleuchtung wieder, worauf die Ruhe wieder hergestellt wurde. Als die Beleuchtung eintrat, besann sich jeder der Angestellten auf seinem Posten, setzte die Arbeit fort und gab sich den Anschein, als sei nichts vorgefallen. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet worden. — Die Regierung hat wieder zwei Postbeamte aus der Provinz wegen Ansprachen am 1. Mai ihrer Aemter enthoben. Andererseits nahm das nationale Syndikat der Eisenbahnarbeiter auf seinem Kongreß eine Adresse an, worin das Syndikat den Postbeamten seine Sympathieen ausspricht.

Serbien.

Der Bengel wird wieder frech!

Wien, 4. Mai. Aus Belgrad wird gemeldet, daß König Peter dem Ministerrate die Mitteilung gemacht habe, der ehemalige „Kronprinz" Georg habe sich geweigert, die geplante Reise nach England anzutreten, und energisch verlangt, der Ministerrat möge das von Pastisch gegebene Versprechen einlösen, ihm zur Bezahlung seiner Schulden sofort eine Million Frank (!) einzuhändigen. Wenn er diesen Betrag nicht bald erhalte, werde er sich sofort nach Nisch begeben, die Offiziere der dortigen Garnison hätten ihn aufgefordert (?) einen Staatsstreich zu inszenieren.

Seitdem der Bursche nicht mehr „Kronprinz" ist, scheint ihm kein Mensch mehr etwas borgen zu wollen. Vielleicht produziert er sich nächstens auch als Kunstschütze wie Milans Sohn; Proben seiner Fähigkeit zu diesem Beruf hat er ja genügend abgelegt . . .

Persien.

Parlamentswahlen.

Teheran, 4. Mai. Die Bachtiaren protestieren bei den Gesandtschaften gegen den Einmarsch der Russen und drohen gegen Teheran vorzugehen. Die reaktionäre Umgebung des Schahs plant eine Palastrevolution, falls der Schah die Verfassung gewährt.

Teheran, 4. Mai. Der Schah hat die Wahlen für ein neu einzuberufendes Parlament angeordnet.

Wertlose Garantien.

Teheran, 5. Mai. Die offizielle Note des Schahs über die Annahme des Programms Englands und Rußlands ist gestern den Gesandten beider Mächte überreicht worden. Der Schah garantiert darin die Wiedereinführung der Verfassung.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen. Welche Wirkungen die Krise auf das Parteileben ausübt, ist aus einer Zusammenstellung des Parteisekretariats für das Herzogtum Oldenburg ersichtlich. Danach war im 1. Quartal d. J. in sechs Orten des Landes ein Mitgliederverlust von über 300 zu verzeichnen, der fast ausschließlich auf die Abreise der betreffenden Genossen aus den einzelnen Orten zurückzuführen ist. Trotzdem gelang es, durch Neuaufnahmen den Mitgliederstand in dem genannten Zeitraum um 50 zu erhöhen. Es beträgt derselbe jetzt annähernd 6000. — In sieben Orten haben sich Jugendausschüsse gebildet; in Rüstringen sind bereits 100 Mitglieder für die Jugendorganisation gewonnen. — Die vom Dietzschen Verlag in Stuttgart herausgegebene Bibliothek ist insgesamt 16 Ortsvereinen auf Kosten der Landeskasse übermittelt; im allgemeinen ist eine fleißige Benutzung zu verzeichnen.

Bebels „Frau und der Sozialismus" konfisziert! Die Wiener „Arbeiterzeitung" meldet: Der Prager Preßstaatsanwalt, dem wir schon manches Zensurstückchen zu verdanken haben, hat die eben erschienene tschechische Uebersetzung von Bebels „Frau und der Sozialismus" konfisziert. Abg. Nemec hat deshalb heute beim Ministerpräsidenten interveniert und ihm dargelegt, daß das Bebelsche Buch bereits in der 49. Auflage erschienen ist, in Oesterreich überall unbeanstandet verbreitet wurde und daß auch eine tschechische Uebersetzung bereits vor 13 Jahren erschien, ohne vom Staatsanwalt konfisziert worden zu sein. Der Konfiskation verfiel diesmal eine Stelle (Seite 239 der 49. Auflage), die sich auf die Aufsaugung des kleinen Grundbesitzes durch den Großgrundbesitz bezieht und die aus dem in Oesterreich erschienenen Buche von Leisen entnommen ist. Der Ministerpräsident versprach, sich zu informieren. Abg. Nemec hat in dieser Angelegenheit außerdem eine Interpellation an den Justizminister eingebracht, worin er Schutz gegen die Uebergriffe der Prager Preßpolizei verlangt.

Aus Amerika. Die ungarische sozialistische Föderation der Vereinigten Staaten hat durch Abstimmung, an der sich sämtliche Zweigvereine beteiligten, beschlossen, sich mit der soz. Partei zu vereinigen, und sich den verschiedenen Staatsorganisationen anzuschließen. Die gegenwärtige Form der ungarischen Föderation wird beibehalten, um auch ferner die Landleute, welche der englischen Sprache nicht mächtig sind, der Organisation zuzuführen. — Der „Vorwärts", das jüdische sozialistische Tageblatt Neuyorks, wird nächstens sein 15jähriges Jubiläum begehen und zur Feier desselben eine zwanzig Seiten starke Extraausgabe herstellen. Das Blatt steht auf durchaus gesunder finanzieller Basis; es hat einen Abonnentenstand von 90 000.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Aus dem Berliner Polizeisumpf.

Unsern Berliner Parteigenossen ist es gelungen, abermals einen Spitzel zu entlarven, der allerdings nicht Kriminalbeamter war. Es ist der Lithograph Georg Haberkern. Nach Lage der Sache muß man ihn als ein Opfer des als Spitzel entlarvten Kriminalbeamten August Malick betrachten. Dieser hat dem Haberkern, der sich in bedrängter Lage befand, und das Amt eines Bezirksführers bekleidete, Geldangebote gemacht und ihn dadurch veranlaßt, ihm Berichte über Parteiangelegenheiten zu liefern. Der Judaslohn betrug monatlich 40 bis 50 Mark. Haberkern gelang es, schließlich noch einen monatlichen Zuschuß von 20 Mark zu erlangen. Er hatte zu berichten über Zahlabende, Abteilungssitzungen, Kreiskonferenzen und Generalversammlungen. Als Pseudonym für den brieflichen Verkehr hatte sich der Kriminalbeamte Malick den Namen „Talent" zugelegt. Die Polizei zeigte für alles Interesse. Sogar die Namen der Mitglieder wollte sie wissen, die wegen Restierens der Beiträge gestrichen worden sind; ferner, welche Entschädigung die Funktionäre bekommen und wie diese Entschädigungen gedeckt werden. Dann mußten geliefert werden die Ausführungsbestimmungen des sechsten Kreises. Weiter mußte Bericht erstattet werden über Wahlvorbereitungen und über stattgefundene Schiedsgerichte. Haberkern wurde auch mit dem „ehrenvollen" Auftrage betraut, am 16. März eine Versammlung insgeheim zu überwachen, weil es der Polizei an der nötigen Anzahl Beamte gefehlt hat. Die Aufsicht sollte sich erstrecken auf die Zahl der Besucher, die Person des Referenten, dann des Leiters der Versammlung, auf die wichtigsten Ausführungen auch der Diskussionsredner, und sogar, welche Broschüren und Photographien in der Versammlung verkauft wurden, interessierte die Polizei. Begnügte sich bis dahin die Polizei mit einfachen Berichten, so ging sie nunmehr dazu über, von dem Haberkern auch Denunziationen zu verlangen. So sollte er in eine Versammlung gehen, in der Genosse Dr. Rosenfeld über die politische Geheimpolizei sprach und dort besonders auf die Ausführungen der Diskussionsredner merken und diese der Polizei mitteilen. Als der Polizeibeamte Malick entlarvt wurde, bekamen unsere Genossen die Gewißheit, daß der Lithograph Haberkern sich von ihm hatte kaufen lassen. In die Enge getrieben, legte er ein Geständnis ab und damit ist er aus den Listen der ehrlichen Arbeiter gestrichen.

Gewerkschaftliches.

Politische Organisationen der Unternehmer

verlangt in stärkerem Maße in ihrer letzten Nummer die „Deutsche Arbeitgeberzeitung". Damit soll ein größerer Einfluß auf die Gestaltung der Sozialpolitik im Sinne der Unternehmerverbände ausgeübt werden.

Es heißt in dem genannten Artikel u. a.:

„Mehr denn je beschäftigt man sich zurzeit in den Kreisen des deutschen Unternehmertums mit dem Gedanken der politischen Emanzipation der Arbeitgeber im Sinne der Bildung einer besonderen parlamentarischen Gruppe, deren Aufgabe es sein würde, die Stellungnahme der Arbeitgeber zur Frage der sozialpolitischen Gesetzgebung wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen. . . . . So muß denn die Entscheidung über die Frage, ob die politische Organisation des Unternehmertums eine Notwendigkeit darstellt oder nicht, unbedingt dahin lauten, daß diese Organisation unter allen Umständen und mit allen verfügbaren Mitteln schnellstens durchzuführen ist."

Gegen das bißchen Sozialpolitik, das in Preußen-Deutschland getrieben wird, noch durch eine spezielle Organisation Front machen zu wollen — dazu gehört schon die ganze Unternehmerdreistigkeit.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton, Vermischtes und Provinzielles Karl Bock, für Lokales und Versammlungsberichte Otto Riebuhr, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Quittung.

Für Parteizwecke: Versammlung am 2. Mai in Kunena 3.—, Böllberg-Wörmlitz 0.60 Mark. Reiwand.

Knaben- und Mädchen-Konfektion.

Mädchen-Hänger-Kleider aus modernen Wollstoffen, moderne u. Waschfaçons

Alter:	1—2 Jahre	3—4 Jahre	5—6 Jahre
Mark	7.50 bis 45 Pf.	8.50 bis 65 Pf.	9.50 bis 85 Pf.

Mädchen-Matrosen-Kleider aus Marine-Kammgarn und Cheviot auf Futter gearb.

Alter:	3—4 Jahre	5—7 Jahre	8—10 Jahre	11—13 Jahre
Mark	19.50 bis 5.75	25.00 bis 7.75	32.00 bis 11.50	37.50 bis 13.50

Mädchen-Jacketts aus gemusterten und gestreiften Stoffen, im englischen Geschmack und Marine-Cheviots

Alter:	2—4 Jahre	5—7 Jahre	8—10 Jahre	11—13 Jahre
Mark	11.50 bis 1.90	16.50 bis 2.75	21.00 bis 3.75	23.50 bis 4.75

Knaben-Wasch-Blusen aus waschechtem Percal u. Satin, gestreift und einfarbig weiss

Alter:	3—5 Jahre	6—8 Jahre	9—11 Jahre	12—14 Jahre
Mark	3.75 bis 45 Pf.	5.25 bis 75 Pf.	6.50 bis 85 Pf.	7.75 bis 1.10

Knaben-Wasch-Anzüge aus prima Waschstoff., Matrosen-, Joppen- u. hochgeschloss. Façons

Alter:	3—5 Jahre	6—8 Jahre	9—11 Jahre	12—14 Jahre
Mark	5.50 bis 1.15	7.50 bis 1.65	9.50 bis 1.95	12.50 bis 2.25

Knaben-Blusen- u. Joppen-Anzüge aus Wollstoffen, im engl. Geschmack und Marine-Cheviots

Alter:	3—5 Jahre	6—8 Jahre	9—11 Jahre	12—14 Jahre
Mark	22.00 bis 2.75	26.50 bis 3.75	29.00 bis 4.50	32.00 bis 5.75

Aparte Neuheiten in gestrickten Mädchen-Golf-Jacketts, weiss und rot.

Mädchen-Hüte, chik garniert das Stück 2.75 2.25 1.75 1.50 1.25 90 65 45 Pf.

Knaben-Hüte, moderne Formen das Stück 2.75 2.25 1.75 1.50 1.25 90 65 45 Pf.

50 Jahre

Geschäftshaus J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

50 Jahre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0003

3 Tage für Leder-Handtaschen

Auf einer unserer letzten Einkaufsreise

kauften wir von einer erstklassigen

Offenbacher Lederwarenfirma

div. Restbestände in Taschen. Wir stellen solche nun

Donnerstag den 6. Mai bis Sonnabend den 8. Mai

mit aufsehenerregenden Preisen zum Verkauf.

Auf Extra-Tischen im Parterre ausgelegt.

Ein Teil dieser Taschen ist in unseren 7 Schaukasten zur Ansicht ausgestellt.

Posten I Damen-Taschen 98 Pf.
bestehend aus Flügel-, Trapez-, Kombinations-Taschen in imitiert Seehund- und Krokodil-Leder
regulärer Wert 1.50, jetzt

Posten II Damen-Taschen 1.25
bestehend aus Flügeltaschen, imitiert Krokodil- und Seehund-Leder
regulärer Wert 2.25 jetzt

Posten III Damen-Taschen 1.45
bestehend aus Trapez- und Flügel-Taschen mit und ohne Einrichtung, inkl. Lederhenkel
regulärer Wert 2.95, jetzt 1.75

Posten IV Damen-Taschen 1.95
bestehend aus Flügel- und Trapez-Taschen, modernem Bügel mit Vortasche, in Saffian und imitiert Krokodil
regulärer Wert 3.50, jetzt

Posten V Damen-Taschen 2.95
bestehend aus Kombinations-, Flügel- und Trapeztaschen m. modern. Messingbügel, mit u. ohne Einrichtung, in Saffian, Seehund und Hornblog
regulärer Wert 4.50, jetzt

Posten VI Damen-Taschen 3.95
bestehend aus Flügel-, Trapez- u. Kombinationstaschen in Seehund, Crafs u. Hornblag-Leder
regulärer Wert 5.75, jetzt

Posten VII Damen-Taschen 4.95
bestehend aus Flügel-, Trapez- u. Kombinationstaschen, in Nickel- u. Broncebügel, mit u. ohne Einrichtung, in Eidechse-, Antilopen-, Kalbleder, Bachette- u. Krokobilleder
regulärer Wert 7.50, jetzt

Posten VIII Damen-Taschen 6.95
bestehend aus modernen Trapeztaschen mit neuesten Bügeln, in Seehund-, Hornblag-, Saffian- und Bachette-Leder
regulärer Wert 12.50, jetzt

Hamburger Engros-Lager

Leopold NUSSBAUM

G. m. b. H.
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Soziald. Verein f. Halle u. d. Saalkr.

Donnerstag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr, im „Volkspark", Burgstrasse

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. **Vortrag** des Genossen **A. Albrecht** über **„Das neue Organisationsstatut der Gesamtpartei"**.
2. Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird ein recht starker Besuch seitens der Mitglieder gewünscht. **Der Vorstand.**

Billige Hosen

für Männer,

in Stoff von 1.85 M an | in Zwirn von 1.35 M an
in Manchest. von 2.45 M an | in engl. Leder in 24 verschied. Qualitäten von 1.80 M an
in Struck von 2.35 M an

für Burschen und Lehrlinge in allen Qualitäten billig.

Leibhosen von 45 Pfg. an.

Ernst Renner, Marktplatz 14.

Richard Meye, Halle a. S., obere Leipzigerstr. 46.
offeriert
Lose der III. Herzog-Ernst-Wald-Lotterie
Stück 1 M, 11 Stück fortiert 10 M, Porto u. Liste 30 ₰
3333 Gewinne im Betrage von **Mk. 45 000.** Hauptgew.: 20000 M. 5000 M, etc., b. o. Abz.
Ziehung: Sonnabend u. folgende Tage.

Gewerkschaften und Vereinen
sowie den Herren Gastwirten
empfiehlt sich Unterzeichnete zu den bevorstehenden
Sommerfesten u. Wasserfahrten
zur Lieferung von
Stocklaternen, Lichten und Stäbchen.
Bei frühzeitigen Bestellungen kann jeder Wunsch betr. Farbe und Form berücksichtigt werden.
Bei Entnahme von einem Gros ist **das Aufdrucken v. Namen und Titeln gratis.**
Volksbuchhandlung,
Harz 42/43.

Zeitz.

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate sowie alle Zubehörteile.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Emil Schneider,
jetzt Kalkstr. 1.
Grösste Reparatur-Werkstatt.

Gewerkschaftskartell Zeitz

Freitag den 7. Mai abends 8½ Uhr im Deutschen Kaiser

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Bericht der Auskunftsstelle. 3. Bericht über die Maifeier. 3. Anträge zur Bezirks-Konferenz.

Der Vorstand.

Arbeiter-Turnverein Zipsendorf.

Sonntag den 9. Mai nachmittags 3 Uhr bei Seiferth

Frühlings-Schauturnen,

bestehend in **Konzert, Schauturnen** und **Ball.**

Hierzu ladet die organisierte Arbeiterschaft, sowie Freunde und Gönner der freien Turnsache freundlichst ein **Der Turnrat.**

Irrigateure

komplett von **80** Pf. an p. Stck.

Bett-Unterlagen

für Kinder von **15** Pf. an
„ Erwachsene **70** „ „

Klystierspritzen, Eisbeutel, Krankenkissen, Mullbinden, Verbandwatte.

Hugo Nehab
Drogen-Handlung,
27 Gr. Ulrichstr. 27,
66 obere Leipzigerstr. 66.
Auf Firma u. Hausnummer bitte genau zu achten.

Globin

der beste und feinste Schuhputz

In grossen Dosen à 20 Pfg.

Überall erhältlich.

Photographie Benckert.

Gegründet 1856. 29 Gr. Ulrichstr. 29. Gegründet 1856.

Preise für Glanzbilder:		Preise für Mattbilder:	
12 Bilst	3.— Mark,	12 Bilst	4.50 Mark,
12 Kabinett	6.— Mark,	12 Kabinett	8.— Mark,
12 Viktoria	4.25 Mark,	12 Viktoria	5.75 Mark,

in bekannt tadelloser Ausführung und Haltbarkeit.

Albin Naether's schönes Volksbad Zeitz.
Vom 1. Mai an:
Monatskarten für das Schwimmbad
für Erwachsene zum Preise von 3 Mark.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandl.

An- und Verkäufe

Billige reelle Möbel.
Kleiderschränke 24, 28, 30, 36 bis 65 M., Kleiderschränke zum Auseinandernehmen 40, 42, 50 bis 65 M., Vertikops 33, 38, 47 bis 75 M., Pfeilerspiegel 12 bis 24 M., Plüsch- u. Stoffsofas 45, 55, 65 bis 90 M., große Trumeaux 38, 40, 45 bis 75 M., Rohrstühle, Pfeilerschränke, dauerhafte Bettstellen mit Matratzen 35, 40, 45 bis 65 M., Küchenmöbel verk. bill.
Max Jungbint, Albrechtstraße 43, nahe d. Geiststraße.

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutsch. Sozialdemokratie.
Es sollte niemand versäumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.
Vierteljahrs-Abonnement 3.25 M. Einzel-Nummer 25 Pf.
Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung,
Harz 42/43.

---

200 Zentner gutsortierte, mehlreiche
Topaskartoffeln
habe sehr billig abzugeben.
Fr. Probst, Alter Markt 6. Fernruf 3287.

Papier- u. Pappenabfälle
kaufen jeden Posten
M. Brauhausstr. 20.

Neu. Neu.
Kursbücher
für Sommer 1909.
Storms grosses, fürs Reich **80 Pf.**
Storms Mittel- u. Westdeutschland **50 Pf.**
Königs Mittel- u. Norddeutschland **50 Pf.**
enthält den
Blitz-Fahrplan,
Königlich Sächs. Staatsbahnen, Thüringen, Harz, Riesengebirge.
Nordböhmen 25 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Pantoffelmachern
empfiehlt: Plüsch, Cord, Futter- und Sohlenfilz
F. Noah, Gr. Klausst. 7.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Magazin
der
Vereinigt. Tischlermeister,
Kleine Steinstraße 6,
empfehlen ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.

Leiterwagen, beste Arbeit, v. Mk. 2.95 b. 15.—, nur bei
M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.
Verlangen Sie Gratis-Katalog.

Beliebt

bei Allen ist die allein echte:
Steckenpferd - Lilienmilch - Seife
von Bergmann & Co., Radebeul, denn diese erzeugt ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendlr. Aussehen, weiße, sammetweiche Haut u. schönen Teint. à St. 50 Pf.
In Halle bei:
Helmbold & Co., Leipzigerstr. 104,
Germania-Drog., Gr. Ulrichstr. 51,
Ernst Jentzsch, Leipzigerstr. 31,
Carl Krütgen, Königstr. 24,
G. Oswald Nchf., Geiststr. 34,
F. A. Patz, Gr. Ulrichstr. 6,
E. Richter, Leipzigerstr. 66,
Schwanen-Drog., Ecke Wolfstr.,
Willy Weise, Lindenstr. 55.
In Giebichenstein: Felix Stoll.

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi kauft
Albert Bode jun., Gr. Klausstr. 23.

Verschiedenes

Jeden Donnerstag **Schlachtefest.**
F. Haaf,
5. Vereinsst. 13. Tel. 1686.

Morgen Donnerstag **Schlachtefest.**
Herm. Uhde,
Dessauerstraße 19.

Morgen Freitag **Schlachtefest.**
O. Burghardt,
Bernburgerst. 16.

Möbeltransporte besorgt billig
R. Weikmann, Bernburgerstr. 14.

Empfehle mich im Schneidern u. Weißnähen. Eichendorffstr. 11 I r.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Hähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 104 — Halle a. S., Donnerstag den 6. Mai 1909 — 20. Jahrg.

Gegen die Klassenbildung!

Preußisches Dreiklassenhaus.

79. Sitzung. Dienstag, den 4. Mai, mittags 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Höhere Lehranstalten".

Abg. Eickhoff (Freis. Vpt.): Der Resolution des Herrenhauses auf Aufhebung der Wischstunden der Lehrer an den höheren Lehranstalten wird die Unterrichtsverwaltung hoffentlich nicht stattgeben. Die Erfahrungen mit den Kurzstunden von 45 oder 40 Minuten lauten erfreulicherweise sehr günstig. Auch in den kleinen und mittleren Städten würden sie zum mindesten in den Oberklassen den Schülern ein intensiveres Studium zu Hause ermöglichen. Das Reform-Realgymnasium hat sich durchaus bewährt. Redner bespricht weiter die zahlreichen Schülerselbstmorde: die Schule und die Lehrer sind gewiß nicht unfehlbar. Aber es wäre verkehrt, für die bestehenden Mißstände ausschließlich die Lehrer verantwortlich zu machen.

Abg. Strödel (Soz.):

In seiner letzten Rede hat mein Freund Hoffmann den Klassencharakter gezeichnet, den die heutige Volksschule trägt. Dieser Klassencharakter ist auch den höheren Schulen aufgedrückt; sie sind die Anstalten für die Söhne der besitzenden Klassen, ihr ganzer Organismus ist auf der Klassenherrschaft, auf dem Klassenstaat, aufgebaut. Schon die verhältnismäßig geringe Zahl der höheren Schüler ist ein Beweis für den Klassencharakter dieser Schulen. Rechnet man auch die Mittelschulen, die höheren Töchterschulen zu den höheren Lehranstalten, so stehen ungefähr 860 000 höheren Schülern mehr als 6 Millionen Volksschüler gegenüber. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Wir erheben auch bei dieser Gelegenheit die Forderung der einheitlichen Volksschule als Unterbau und den

Zutritt aller Befähigten zu den höheren Schulen.

Hervorragende Pädagogen haben zugestanden, daß die Zahl der wirklich Dummen, die überhaupt nichts lernen können, eine sehr geringe ist und daß sich fast alle eine höhere Bildung aneignen können. Wir fordern deshalb die Beseitigung des Vorschulwesens, das ja in Süddeutschland schon so ziemlich verschwunden ist. In Preußen gibt es leider noch eine ganze Anzahl solcher Vorschulen. Sollte es nicht möglich sein, durch einen dreijährigen Volksschulbesuch das gesteckte Ziel zu erreichen, so muß eben die Volksschule verbessert werden. (Sehr richtig! links.) Jedenfalls ist die Aufrechterhaltung der Vorschule mit eine Ursache für die Vernachlässigung der Volksschule. (Sehr richtig! links.) Eine radikale Beseitigung des Vorschulwesens würde dazu beitragen, daß auch die bestehenden Klassen ein erhöhtes Interesse an dem Ausbau der Volksschule nehmen werden. Aber nicht nur in der Existenz des Vorschulwesens, in der geringen Frequenz der höheren Schulen und in dem hohen Schulgeld tritt der Klassencharakter der höheren Schulen hervor, sondern auch

in der ganzen inneren Organisation.

In dem Lehrplan, in der Lehrmethode dieser Schulen. Die Auffassung für die notwendigen Reformen auf dem Gebiete der höheren Schulen gehen auch in bürgerlichen Kreisen außerordentlich weit auseinander. Soviel auch in den letzten Jahrzehnten für die Schulreform getan worden ist, so wenig befinden wir uns vor dem unmittelbaren Abschluß dieser Reform. Der Abg. Eickhoff hat bereits hingewiesen auf eine Versammlung der Gesellschaft für deutsche Erziehung, die vor einigen Wochen hier in Berlin stattgefunden hat. Diese Gesellschaft besteht nicht etwa aus ein paar mißvergnügten Lehrern oder aus etlichen Sonderlingen, sondern der Aufruf zu dieser Versammlung war unterzeichnet von Hunderten von Personen, unter denen sich eine große Anzahl von Lehrern und Professoren befanden. Also die Gesellschaft für deutsche Erziehung repräsentiert einen gar nicht kleinen und keineswegs den schlechtesten Teil der Lehrerschaft. Der Aufruf wirft die Frage auf, ob es richtig ist, ein Kind, das noch nicht einmal die Muttersprache beherrscht, eine fremde Sprache lernen zu lassen. Man sieht wie radikal die Forderungen dieser Herren sind. Aber sie wollen nicht reformierend an ein einzelnes Fach herangehen, sondern sie wollen

die gesamte Ausbildung des Körpers und des Geistes

der Schule grundlegend ändern. Gegen das ganze heutige Schulsystem richtet sich also die Kritik dieser bürgerlichen Kreise. Eine besonders vernichtende, aber auch eine besondere sachundige Kritik an unserem höheren Schulwesen hat auf dieser Versammlung Prof. Ludwig Gurlitt geübt. Man kann diesem Herrn nicht Mangel an Sachkunde vorwerfen, denn er ist selbst klassischer Philologe, auch nicht Mangel an Erfahrung, denn er war selbst 20 Jahre Lehrer. Professor Gurlitt führte auf jener Versammlung aus, daß der höhere Unterricht mit fremden, fernliegenden Dingen beginne und mit bekannten, naheliegenden Dingen schließe. Das humanistische Gymnasium lasse den Geist erfrieren. Und der bekannte Professor der Chemie an der Leipziger Universität, Geheimrat Dr. Ostwald, schloß sich dieser Kritik an und stellt einen neunjährigen Unterricht für überflüssig, da eine Bildung niemals abgeschlossen sei. Es wird also an unserem höheren Schulwesen von Kreisen die denkbar schärfste Kritik geübt, die dieses Schulwesen sehr genau kennen. Beherzigenswert ist auch ein Vorschlag Heinrich Harts auf dem Kunsterziehungstag in Weimar, der vor allem eine Behandlung der Jugendwerke unserer großen Meister forderte. Diese Forderung wird leider viel zu wenig beachtet. Man behandelt zwar „Hermann und Dorothea", „Minna von Barnhelm" und die Dramen des älteren Schillers, aber man behandelt auf der Schule nicht „Die Räuber", „Kabale und Liebe", den „Fiesko", die „Leiden des jungen Werther", den „Götz", Hebbel, Storm und Keller. Und doch wären gerade das alles Dinge, die unsere Schüler außerordentlich interessieren würden. (Sehr richtig! links.) Allerdings müßte man dann auch mit der Brüderei und mit jeder Engherzigkeit brechen.

Sehr bezeichnend für die Art, wie der Geschichtsunterricht an unseren höheren Lehranstalten erteilt wird, ist z. B. die Darstellung eines Lehrbuchs über die Kämpfe am 18. März 1848. Es wird da so dargestellt, als ob der König, weil er es nicht mehr ertragen konnte, daß noch mehr Bürgerblut vergossen wurde, nach 14stündigem Kampfe die Truppen zurückgezogen habe. Das ist

eine Geschichtsfälschung.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Historisch verbürgte Tatsache ist, daß morgens 6 Uhr am 19. März die Truppen sich in einem derartigen Zustande der Erschöpfung befanden, während der Zulauf zu den Barrikaden immer stärker wurde, daß dem König dringend geraten wurde, die Truppen zurückzuziehen. Solche Geschichtsfälschungen gehören doch nicht in ein Schulbuch! Der staatsfreichlerische Gewaltakt gegenüber der Nationalversammlung vom November 1848 wird in diesem Lehrbuch damit motiviert, daß sich der König angesichts der Tatsache, daß die Nationalversammlung unter der Einwirkung der sie umlagernden Volksmassen zu den ödedenklichsten Beschlüssen kam, zu dem Gewaltakt „gezwungen" war. Auch das ist eine historisch nicht objektive Darstellung. Die „Deutsche Tageszeitung" will durch den gesamten Unterricht die politische und nationale Erziehung der Jugend gefördert haben. Man weiß ja, was sie darunter versteht, eine Erziehung zur

Untertanenemut und zum kriegervereinlichen Hurra-Patriotismus.

Darin wird jetzt schon übergenug geleistet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In einem Schulbericht habe ich folgende deutsche Themata gefunden: „Krieg und Gewitter, ein Vergleich". Hier soll also dargelegt werden: so wie das Gewitter luftreinigend wirkt, wirkt auch der Krieg. Das ist ja eine eminent staatserhaltende und vor allem eine christliche Theorie. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich erinnere an den Chinafeldzug, an den Krieg zwischen Japan und Rußland, an die Art, wie der Krieg in Südwestafrika geführt worden ist, wo

Tausende der Eingeborenen verhungern mußten

oder von Raubtieren zerrissen wurden. (Rufe rechts: Schule!) Sie haben kein Gefühl dafür, aber es gibt noch Leute, die das Unwürdige und Bestialische einer solchen Kriegführung empfinden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein anderes Thema lautet: „Krieg- und Friedenstätigkeit Friedrichs des Großen". Die ganze Verwaltungstätigkeit des Königs, namentlich die Tatsache, daß er die Bauern dem Junkertum preisgab, finden dabei natürlich keinerlei Erwähnung. Ein anderes Thema lautet: „Wie beweisen die deutschen Freiheitskriege die Wahrheit des Satzes: „Schön und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben." Das wäre ja ein schönes Thema, wenn dargelegt würde, daß die Freiheitskriege nur Fürstenbefreiungskriege gewesen sind, und daß der König nach Beendigung der Kriege

sein gegebenes Wort gebrochen hat.

(Unruhe rechts. Zuruf: Geschichtsfälschung!) Sie können die Geschichte korrigieren, aber Tatsachen bleiben das doch. Fielen doch damals Männer wie Jahn und Ernst Moritz Arndt der Reaktion zum Opfer. Bezeichnend dafür, wie der Unterricht im politischen Interesse der herrschenden Klassen gegeben wird, ist auch ein Aufsatz über eine Schulfahrt nach der Wasserkante, in dem die Notwendigkeit einer kriegstüchtigen Flotte für Deutschland betont wird. Da heißt es zum Schluß im unverfälschten Kriegervereinspathos: ein kräftiges Deutsches Reich ist nie möglich ohne eine achtungsgebietende Flotte. Und dann wird dargelegt, daß es eine zwingende Notwendigkeit gewesen sei, das meerumspülte Helgoland den Engländern zu entwinden. Jedermann weiß, daß Helgoland den Engländern nicht „entwunden" ist und daß sie es nie herausgegeben hätten, wenn sie ihm großen strategischen Wert beigemessen hätten. Dieser kondensierte Unsinn ist natürlich nicht die Originalweisheit des Verfassers, sondern ist den guten Jungen in der Schule eingepaukt worden. Und diese Blüte unseres höheren Schulwesens ist im Schulprogramm triumphierend abgedruckt als besonders hervorragende Leistung, für die der Schüler mit dem Kaiserpreis, einem Bande des Flottenkalenders, belohnt wurde. (Heiterkeit b. d. Soz.) Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß Lehrer sich so zu Trägern des Byzantinismus und Hurrapatriotismus erniedrigen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Professor Ludwig Gurlitt schreibt sehr richtig: „Jetzt ist der Lehrer mehr als je Beamter, als solcher hat er

ein Amt, aber keine Meinung,

es sei denn, die behördlich abgestempelte!" (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der springende Punkt ist, daß unser ganzes Erziehungswesen in der Schule darauf zugeschnitten ist, die Interessen der herrschenden Klassen, des kapitalistischen Staats zu fördern. Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns, daß in der Gestaltung der Schule niemals die idealen Anforderungen der hervorragenden Pädagogen maßgebend gewesen sind, sondern die profanischen Bedürfnisse des kapitalistischen Staats derer, die die Macht in ihm ausüben. Das bestätigt die ganze Geschichte unserer Pädagogik. Auch Luther betont, daß die Schule bestimmt sei,

den geistlichen Stand und das weltliche Regiment zu stärken

und zu schützen. Die Mängel der gegenwärtigen Methode liegen nach Wölsche, Gurlitt und zahlreichen andern Männern in der Anhäufung eines zusammenhanglosen Haufens von Wissen, die keine harmonische Bildung schafft, jenes nach Ansicht aller großen Pädagogen höchste Ziel eines jeden Unterrichts. Freilich unsere kapitalistische Gesellschaft hat kein Bedürfnis an derart harmonisch gebildeten Menschen. (Lachen rechts.) Sie braucht Spezialisten mit möglichst bescheidenen Ansprüchen, keine philosophischen Köpfe und keine faustischen Naturen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich erinnere an den Ausspruch jenes Konservativen, der von einer zu hohen Bildung der Beamten fürchtet, daß diese Bildung in den Köpfen rumort und das Interesse von der Arbeit ablenkt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wo die Beamten mehr sein wollen, als Exekutivbeamten des Staats,

da werden sie gemaßregelt.

Man hat den Oberpostassistenten Wagner gemaßregelt, weil er sich allzu sehr mit Schopenhauer und andern Dingen beschäftigt hatte. Man hat den Bürgermeister Lothar Schücking gemaßregelt, weil er sich nicht darauf beschränkte, Verwaltungsbeamter zu sein, sondern weil er sich darüber hinaus mit allgemeinen politischen Fragen beschäftigte und eine scharfe Kritik an den herrschenden Zuständen geübt hat. Zu unsern Universitäten werden Anhänger der sozialistischen Weltanschauung nicht zugelassen. (Sehr richtig! rechts.) Ich nenne nur die Namen Dr. Konrad Schmidt und Dr. Leo Arons. Dr. Michels hat, weil er in Deutschland keine Professur erlangen konnte, sich ins Ausland begeben. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe nur einige von den zahllosen Beweisen dafür angeführt, daß bei uns keine Toleranz herrscht und daß man bei uns nur Beamte und Untertanen erziehen will und nicht freie selbstständig gebildete Persönlichkeiten. Wissenschaft und Beamtentum haben keinen andern Zweck als den Interessen des kapitalistischen Staats zu dienen. Junker, Schlotbarone, Handel, Handwerker und besser situierte Bauern wollen ja auch gar keine soziale Gleichheit. (Sehr richtig! rechts.) Unternehmer und Kapitalisten brauchen

möglichst ungebildete Proletarier

als Arbeitskräfte, damit sie auf den Höhen der Menschheit wandeln können. Deshalb ist heute nicht jenes Erziehungsideal durchgeführt, das das höchste Ziel sein sollte. Alle großen Pädagogen haben die Emporhebung der Massen des Volkes zu einer möglichst hohen Bildung als wahrhaft nationale Erziehung bezeichnet. Platalozzi hat die menschliche Gesellschaft mit einem dreistöckigen Haus verglichen. Im dritten Stockwerk, das nur von wenigen Menschen bewohnt wird, wird die vollendetste Bildung vermittelt. Im zweiten Stockwerk wohnen schon mehr, aber es mangelt ihnen an Treppen, um hinauf zu gelangen. Unten aber wohnen die großen Menschenmassen, fern von Licht und Sonne und es wird ihnen durch Blendwerke der Ausblick zu den oberen Stockwerken verspert. Zu diesen Blendwerken rechne ich den samosen Geschichtsunterricht in den Volksschulen. Unsere heutigen Schulen sind

Drillanstalten zur Vernichtung selbständiger Geister.

Wir Sozialdemokraten sind keineswegs Gegner der klassischen Bildung. Mein Parteigenosse Pernerstorfer war es, der ausgeführt hat, daß unsere Bildung zum größten Teil auf der Antike beruhe. Auch Marx war ein Freund der klassischen Bildung. Lassalle und Engels, alle unsere Theoretiker, ließen die klassische Bildung, wenn sie sich auch nicht auf den Standpunkt stellten, daß das Ideal einer klassischen Bildung sei, was heute auf den Schulen gelehrt würde.

Erst die sozialistische Gesellschaft

wird das Bildungsideal, das auch die Besten der bürgerlichen Gesellschaft erstreben, verwirklichen, denn gerade die sozialistische Gesellschaft hat ein Interesse an einer Vertiefung der Bildung. Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird es einen Spezialismus geben, aber er wird nie in Fachidiotismus ausarten. Die Schule soll zur Lebensarbeit, aber auch zum Lebensgenuß erziehen. Eine vernünftige Gesellschaft sollte einen jeden dahin stellen, wo die Begabung ihn hinweist und wo er das Tüchtigste leistet. Auch auf diesem Gebiet werden wir gern mit allen Reformern zusammenarbeiten, trotzdem wir überzeugt sind, daß ernste Reformen im kapitalistischen Staat nicht durchführbar sind. Wir sind der Auffassung, daß der Sozialismus nicht nur eine Sache der breiten Massen ist, sondern daß er auch

die gebildeten Geister, die Elite der Gebildeten

mit sich reißen und schließlich siegen wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Cassel (Freis. Volksp.): Von den höheren Schulen hat Herr Strödel ein Zerrbild entworfen. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.) Er spricht von Klassenschulen, tatsächlich aber gehen die Abiturienten unserer höheren Schulen aus allen Klassen der Bevölkerung hervor. (Vielfaches Sehr richtig!) 10 Prozent aller Schulneulen in Berlin sind Freistellen. Gefreut habe ich mich, daß Herr Strödel die Erhöhung der Schulgelder bekämpft. In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben die Sozialdemokraten immer für die Erhöhung des Schulgeldes gestimmt. (Hört, hört! b. d. Freis.) Seine Kritik des Geschichtsunterrichts war ganz verfehlt. Daß die Schulen die Kinder zum Patriotismus erziehen, ist selbstverständlich, so lange wir in einem konstitutionellen Staate leben. Aber den Vorwurf des Byzantinismus gegenüber unseren Lehrern weise ich entschieden zurück. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. Dr. Mauter (natl.): Herr Strödel hat eine kritiklose Zusammenstellung aller möglichen Publikationen hier vorgebracht. Sein Kronzeuge Gurlitt ist in der philologischen Welt eine sehr umstrittene Persönlichkeit. (Sehr richtig! rechts.) Die Objektivität der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung kann ich nicht sehr hoch schätzen. Die Sozialdemokratie kann gar nicht objektiv sein, weil sie von festen Dogmen ausgeht. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Hoffmann (Soz.): Sagen Sie das der Mitte des Hauses! Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die Freude am Vaterlande werden wir uns durch alle Ihre Angriffe nicht nehmen lassen. Das hat aber mit Byzantinismus und Hurra-Patriotismus nichts zu tun. (Sehr richtig! rechts.) Redner kritisiert das Berechtigungswesen, das zum Kastengeist (!) führe. Der Mann mit dem Abiturientenzeugnis fühlt sich himmelhoch erhaben über den, der nur das Einjährige hat. (!) Der Bildungsgang der höheren Lehrer muß gründlicher und systematischer gestaltet werden. (Bravo! bei den Natl.)

Hierauf wird die Debatte über die höheren Lehranstalten geschlossen. Die Weiterberatung des Kultusetats wird auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

289. Sitzung. Dienstag, den 4. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.) betreffend die

Werkpensions-, Witwen- und Waisenkassen.

Abg. Dr. Arendt (Rpt.): In einer so ernsten Zeit hätte eine Interpellation, die nur aus agitatorischen Gründen gestellt ist, nicht so gründliche und sachliche Beantwortung von seiten der Regierung verdient, wie sie ihr am Freitag zuteil wurde. Redner gibt des weiteren „gewisse Härten" zu und meint, da 80 Prozent der Arbeiter schon im ersten Jahre die Betriebe verlassen, wäre es gut, den Beitritt erst mit dem zweiten Jahre obligatorisch zu machen. Ueber Entlassungen sozialdemokratischer Arbeiter sollten gerade die Sozialdemokraten sich nicht beschweren. Wo sie an der Macht sind, werfen sie anders gesinnte Arbeiter rücksichtslos aufs Pflaster. (Bravo! rechts.)

Abg. Brejski (Wlk): Es steht fest, daß diese Kassen nicht gemeinnützigen Zwecken, sondern dem Eigennutz der Unternehmer dienen. Gerade bei Krupp ist eine Reihe der rigorosesten Bestimmungen in das Statut aufgenommen. Die Zurückbehaltung der Beiträge ist vollkommen rechtswidrig, aber leider stellen die Gerichte sich nicht immer auf diesen Standpunkt. Das Anlocken von Arbeitern durch solche schwindelhafte Pensionskassen ist ein unlauterer Wettbewerb und die andern Unternehmer sollten gegen diese Kassen als unlauteren Wettbewerb vorgehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Für Kassen, von welchen die Arbeiter etwas haben, zahlen sie auch gern Beiträge. Die bestehenden Kassen aber sind wertlos. Geben Sie dem Arbeiter sein Recht, so werden Sie den sozialen Frieden fördern. (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Wenn man die Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen sieht, muß man geradezu begeistert sein und zugeben, daß die Firma viel für die Arbeiter tut. Die Arbeiterschaft verlangt auch nur einen gesetzlichen Unterbau für eben diese Wohlfahrtseinrichtungen. Die Werkpensionskassen können sehr wohl eine gesetzliche Grundlage erhalten, durch welche die Ansprüche der Arbeiter sicher gestellt werden. Kein sozial gesinnter Arbeitgeber wird deshalb eine solche Kasse eingehen lassen. Daß der jetzige Zustand unbefriedigend ist, mußte sogar Professor Ehrenberg, ein Gutachter der Firma Krupp, zugeben. (Bravo! b. d. Wirtsch. Vgg.).

Abg. Hengsbach (Soz.):

Es hieße Nachlaßsteuerbedenken nach Ostelbien tragen, wollte ich die Beweise für die versteckte und offene Arbeiterfeindlichkeit der Werkpensionskassen noch vermehren. Der Staatssekretär fragte, warum wir denn die Interpellation eingebracht haben, obwohl doch in der letzten Zeit nichts besonderes vorgekommen sei. Ich verweise ihn auf die Ausführungen meines Parteifreundes Sebering, daß der Staatssekretär des Reichsjustizamts im vorigen Jahr erklärt hat, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern habe sich wegen dieser Frage bereits mit Preußen in Verbindung gesetzt. Und weiter hat Sebering auch darauf verwiesen, daß in diesen Pensionskassen den Arbeitern die Invalidenrente auf die Pension angerechnet werde, und daß das auch nach Einführung der Witwen- und Waisenversicherung mit den Renten der Witwen und Waisen zu befürchten sei. Deshalb ist es gerade jetzt von Interesse zu erfahren, wie die Regierung den Mißständen bei diesen Kassen entgegentreten will. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Dieckmann versprach uns im vorigen Mai bezüglich unserer Angaben über die Kruppsche Pensionskasse eine große Abrechnung. Sein Redeeifer scheint aber eingefroren. Trotz der Frühlingsluft haben wir nicht einmal ein murmelndes Bächlein vernommen. (Heiterkeit.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0005

Herr Arendt bedauerte, daß der Reichstag sich mit einer solchen Interpellation befaßt. Es scheint aber, daß wir doch noch sehr viel Zeit übrig haben, denn das Haus soll ja, wie verlautet, auf volle acht Tage vertagt werden. Ich meine allerdings, es liegen genügend dringende Arbeiten vor. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Arendt hat auch in etwas gesuchter Weise bemerkt, die Arbeiterschaft glaube nicht mehr an den Zukunftsstaat. Da verstehe ich nicht, warum er noch in der heutigen Ausgabe des „Tag" wie ein Schlotzhund heult, der Reichskanzler möge den Reichstag ja nicht auflösen, damit die Sozialdemokraten nicht in verstärkter Zahl hier einziehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das klingt nicht gerade nach großer Zuversicht.

Hinter uns stehen Tausende und Abertausende von Arbeitern, die im Gegensatz zu der Ansicht des Staatssekretärs, mit uns der Meinung sind, daß die Werkpensionskassen nichts anderes sind, als eine Wohltatsplage. Die Arbeiter verlangen die Aufhebung der Bestimmungen, die von ihnen das Geld geradezu erpressen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und das sind nicht nur sozialdemokratische Arbeiter, sondern Arbeiter aller Parteirichtungen. Das sollte sich auch Herr Arendt merken. Der Staatssekretär sagte, bei ihrer Gründung seien die Kassen auch von den Arbeitern mit Freude begrüßt worden. Dieses Anno Dazumal ist schon lange her. Es feiert schon das fünfzigste Jubeljahr, aber mit dem Jubel ist es nicht mehr weit her. Das gab auch der Staatssekretär zu. Dabei sind die Beiträge inzwischen wesentlich erhöht worden.

Vom 1. Januar 1885 bis 1. Oktober 1907, also in 22¾ Jahren, haben rund 4000 Arbeiter Pensionsbezüge erhalten. Das ist ein außerordentlich geringer Prozentsatz der überhaupt Beschäftigten. Diesen 4000 Arbeitern stehen ja. 200 000 gegenüber, so daß also nur zwei Prozent in den Genuß der Pension gekommen sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Kassen sind für die Arbeiter im wahrsten Sinne des Wortes Zwangskassen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich spreche es offen aus, daß von Wohlfahrt hier nicht die Rede sein kann. Denn das, was in die Kassen fließt, ist lediglich zu wenig ausgezahlter Lohn. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dieses gilt auch von dem Teil der Beiträge, den die Unternehmer aus ihrer Tasche zahlen. Dazu kommt, daß diese sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen erhebliche Ueberschüsse abwerfen und also ein gutes Geschäft darstellen. Trotzdem erhebt man hohe Eintrittsgelder und behält die Beiträge zurück, um die Arbeiter zu fesseln und gefügig zu machen. In der Denkschrift des Vereins der Eisen- und Hüttenmänner wird offen gesagt, daß durch diese Wohlfahrtseinrichtungen es gelang, den Lohn niedriger zu halten. Man kann mit diesen Einrichtungen bis zu gewissem Grade den Streikgelüsten entgegentreten. Man kann aber auch die Arbeiter künstlich in einen Streik hineintreiben, um nachher für die Pensionskasse einen Profit herauszuschlagen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn der Staatssekretär ausführte, daß unsere gesamte sozialpolitische Gesetzgebung angeknüpft habe, an Einrichtungen sozialpolitisch fortgeschrittener Unternehmer, so muß dem entschieden widersprochen werden. Schon lange vorher hatten die Arbeiter selbst soziale Einrichtungen geschaffen. Wenn der Staatssekretär von dem hohen sozialen Sinn des deutschen Unternehmertums spricht, so verweise ich auf die geheime Besprechung der Bergherren, die hier im „Palasthotel" stattfand. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dort hat man den sozialen Sinn der deutschen Arbeitgeber in das richtige Licht gesetzt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär fand keine Veranlassung, sich mit diesen Verhandlungen zu befassen. Die Regierungsvertreter fühlen sich eben nur noch als Handlanger des Unternehmertums. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Einen besonderen Trumpf glaubte der Abg. Osann auszuspielen, als er sagte: die Gewerkschaften behalten doch auch die Beiträge ausgeschlossener Mitglieder zurück. In den Gewerkschaften werden aber nicht mir nichts, dir nichts Mitglieder ausgeschlossen. Auch haben die meisten Gewerkschaften Reise-, Streik-, Arbeitslosigkeits- und Krankheitsunterstützung eingeführt. Sie haben es getan, um den angeblich sozial gesinnten Arbeitgebern nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Deshalb sind die Beiträge an die Gewerkschaften nichts anderes als eine Versicherungsprämie.

Die Frage im Rahmen der Gewerbeordnung zu regeln, wie es der Abg. Behrens will, geht nicht an. Im Interesse der Tausende und Abertausende, deren sauer verdientes Geld in den Werkskassen zurückbehalten wird, muß Grundlegendes geschehen. Geschieht nichts, so ist ein weiterer Grund für die Arbeiterschaft gegeben, der Regierung mit Mißtrauen gegenüberzustehen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Werner (Antis.): Wie können die Sozialdemokraten leugnen, daß außerordentlich viel für die Arbeiter getan ist? Es ist allerdings nicht zu bestreiten, daß in den Betriebskassen Mißstände vorhanden sind.

Abg. **Hue** (Soz.):

Jede Partei hat das Recht, eine Interpellation zu stellen, wann sie es für richtig hält. Die sozialdemokratische Partei wird sich dieses Recht nicht nehmen lassen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Von unserer Seite allein sind schon seit Jahren derartige Petitionen und Anträge vorgebracht worden. Aber nichts ist geschehen. Sogar schon 1883 bei der Krankenversicherung sind solche Anregungen von uns ausgegangen. Leider ohne Erfolg. Wir müssen deshalb damit immer wieder kommen.

Ueber die Entstehung unserer Versicherungsgesetzgebung und der Werkskassen hat der Staatssekretär eine falsche Darstellung gegeben. Darüber sind so viele Arbeiten geschrieben, daß der Vertreter der Regierung eine derartige Darstellung hätte hier nicht vorbringen dürfen. Die ersten Anfänge einer Versicherung gegen Krankheit und Invalidität sowie der Witwen und Waisen ist nicht von sozial gesinnten Unternehmern ausgegangen, sondern von genossenschaftlich gesinnten Arbeitern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Geflissentlich hat man sich bemüht, auch den Charakter der Unternehmerbeiträge zu verwischen. Die ersten Anfänge unserer sozialen Unterstützungskassen enthielten solche Beiträge nicht.

Erst als durch das Gesetz von 1854 die Unternehmer mit der Verwaltung der Kassen betraut wurden, begannen auch die schweren Klagen, die im wesentlichen noch nicht abgestellt sind. Der Grund aller Klagen ist die Verquickung der Versicherung mit dem Arbeitsvertrage. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Es ist notwendig, daran zu erinnern, weil wiederum ein Schlag gegen die Selbstverwaltung eines Versicherungszweiges geplant wird. Wenn durch die Reichsversicherungsordnung dieser Schlag geführt wird, so werden wir auch aus den vergewaltigten Ortskrankenkassen die gleichen Klagen vernehmen. Der Regierungsvertreter hat sich weiter dahin ausgesprochen, daß eine zwangsweise gesetzliche Regelung der Werkpensionskassen unmöglich sei. Bei den Knappschaftskassen war es genau dasselbe. Es handelte sich auch da um die Erhaltung des Anrechts auf die gezahlten Beiträge. Was der Staatssekretär am Donnerstag ausführte, erinnerte lebhaft an das, was die Unternehmer, vor allem Herr von Stumm, zur Verteidigung der herrlichen Knappschaftskassen sagten. Wort für Wort finden Sie in der Denkschrift der preußischen Regierung über die Notwendigkeit der Reform der Knappschaftskassen alles widerlegt, was der Staatssekretär am Donnerstag sagte. Alles, was wir heute verlangen, das Recht der Arbeiter auf freiwillige Weiterversicherung, die Verpflichtung der Kassen zur Rückzahlung, die Zusammenlegung der Kassen, alles das ist auch seit Jahrzehnten zur Reform der Knappschaftskassen gefordert. Auch dort verhielt sich die Regierung genau so ablehnend. Die Folge war, daß viele Kassen zusammengebrochen sind und Tausende von Arbeitern um ihre sauer gesparten Groschen kamen. Der freien Entwickelung alles überlassen, heißt auch hier: Die Rechte der Arbeiter preisgeben und warten, bis der Zusammenbruch da ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Auch bürgerliche Sozialpolitiker geben zu, daß die Zeiten des Patriarchats, wo diese Kassen gegründet wurden, längst vorbei sind und daß von einer ethischen Seite der Kassen nicht mehr gesprochen werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Von verschiedenen Seiten ist auf die Stimmung der christlichsozialen Arbeiter hingewiesen worden. Es sah so aus, als ob diese geduldig warteten, bis die Regierung so gütig ist, mit einer Reform zu kommen. Aber draußen klingt es ganz anders. Lesen Sie nur die „Germania" vom 28. April über den Zusammenhang zwischen Reichsfinanzreform und Reichssozialpolitik! Dort wird verlangt, den Reichstag aufzulösen und an das Volk zu appellieren, und es wird u. a. gefragt, warum die Versicherungsgesetze zum Teil sogar rückwärts revidiert werden sollen. Ebenfalls: warum die schwarzen Listen geduldet werden. — Und wie sieht es mit dem Hüttenarbeiterschutz aus? Es ist jetzt eine Bundesratsverordnung herausgekommen, die eine Verhöhnung des Reichstagsbeschlusses ist.

Präsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Hue (fortfahrend): Jedenfalls steht fest, daß diese Bundesratsverordnung nicht im entferntesten dem entspricht, was der Reichstag beschlossen hat. Das muß festgestellt werden. So behandelt man Arbeiterforderungen, da man auf die Unternehmer Rücksicht nimmt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg will auf das, was der Vorredner über die Reichsversicherungsordnung und die Auflösung des Reichstags gesagt hat, nicht eingehen. (Heiterkeit rechts.)

Daß auch Arbeiter zu den ersten Trägern unserer sozialen Gesetzgebung gehören, habe ich nie bestritten. Weitere Polemik fördert aber die Sache nicht. Ich stehe nicht auf dem Boden eines öden Manchestertums, sondern auf dem der realen Dinge. Freiwillige Institute kann man aber nicht dem Zwange der Gesetzgebung unterwerfen. (Zuruf b. d. Soz.: Es sind keine freiwilligen Institute!) Wenn Sie diesen Unterschied verwischen, dann gibt es keine Verständigung. Wenn man nach gesetzlicher Regelung unter ausschlaggebendem Einfluß der Arbeiter verlangt, so soll man nicht glauben, daß die Arbeitgeber noch freudig an die Gründung solcher Kassen herangehen werden. Man soll sich in diesem Augenblick der Reichsfinanzreform hüten, der Industrie neue Lasten aufzuerlegen. Es müssen auch keine Hoffnungen erweckt werden, die sich zu Forderungen auswachsen und auf der anderen Seite berechtigte Unruhen erregen. Diesen Weg wird die Reichsregierung nie gehen. (Beifall rechts.) Andererseits sollte aber auch Herr Hue anerkennen, daß wir Positives geleistet haben. (Bravo! rechts.)

Abg. Severing (Soz.): Ich habe nie gefordert, daß den Arbeitern das ausschließliche Recht auf die Kassen übertragen wird. Ich habe nur möglichste Selbstverwaltung und gleiche Vertretung beider Seiten gefordert.

Damit schließt die Besprechung.

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr. (Viehseuchengesetz, Beamtenhaftung, kleinere Vorlagen.)

Schluß 6¼ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 5. Mai 1909.

Seine Mitglieder-Versammlung

hält am Donnerstag, 6. Mai, abends 8½ Uhr, im „Volkspark" der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis ab. Genosse A. Albrecht wird über „Das neue Organisationsstatut der Gesamtpartei", wie es die auf dem Parteitage in Nürnberg gewählte Kommission vorschlägt, referieren. Da der Organisationsentwurf den nächsten Parteitag beschäftigen wird, ist es notwendig, daß die einzelnen Organisationen ihn vorher eingehend diskutieren, was jedenfalls auch hier geschehen wird. An zweiter Stelle sollen Vereinsangelegenheiten erörtert werden. Die Tagesordnung macht einen zahlreichen Besuch notwendig.

Aus den Mitteilungen des Statistischen Amts.

Der Stand der Bevölkerung unserer Stadt ist seit dem Ende Februar bis Ende März von 177 395 auf 176 488 Personen gesunken. Hierbei ist die männliche Bevölkerung um 710, die weibliche um 197 Personen zurückgegangen. An und für sich ist der Rückgang der Bevölkerung während des Märzmonats nichts Auffälliges. Diese Erscheinung ist in jedem Jahre zu beobachten. So fiel im Jahre 1907 die Einwohnerziffer von 175 219 auf 174 487 und im Jahre 1908 von 178 682 auf 177 798. Seine Ursache hat der Rückgang hauptsächlich in dem Wanderungsverlust, der regelmäßig in dieser Zeit zu verzeichnen ist. In den März fällt meistens der Schulschluß. Von größerem Einfluß ist auch der Beginn der Universitätsferien, mit dem viele Studierende und Professoren Halle verlassen.

Auffallend ist in diesem Jahre aber die verhältnismäßig geringe Zahl der Lebendgeborenen. Während im März 1907 442, im März 1908 456 Kinder geboren wurden, waren es in diesem Jahre nur 378 und unter Abzug der von ortsfremden Müttern geborenen sogar nur 340 gegenüber 422 und 410 während des gleichen Monats der beiden Vorjahre.

Von den ansteckenden Krankheiten war Scharlach mehr als gewöhnlich gemeldet worden. Im März 1907 kamen nur 39, im März 1908 76, in diesem Jahre 94 Erkrankungsfälle vor. Diphtherieerkrankungen waren erfreulicherweise ganz selten. Es waren nur im ganzen 33 Fälle gegenüber 110 im März 1908 und 125 im März 1907. Der Bestand der Kranken in den Krankenanstalten ist zwar seit dem Vormonat von 1726 auf 1812 gestiegen. Es handelt sich aber bei den neuhinzugekommenen Personen meist um Ortsfremde, wie das Anwachsen ihrer Zahl von 1093 auf 1202 zeigt.

Die Bautätigkeit war im Vergleich zu den Vormonaten stark, im Vergleich zu den Vorjahren aber nur recht mäßig. Neu entstanden sind 23 Gebäude, darunter 18 Wohngebäude mit 120 Wohnungen und 378 heizbaren Wohnräumen. Im Jahre 1908 waren es 25 Wohngebäude mit 167 Wohnungen und 602 heizbaren Wohnräumen und im Jahre 1907 entstanden sogar 48 Wohngebäude mit 281 Wohnungen und 935 heizbaren Zimmern. Unter Abzug der durch Abbruch oder Umbau fortgefallenen Wohngebäude und Wohnungen, betrug der Zugang während des Märzmonats dieses Jahres 8 Wohngebäude, 87 Wohnungen, 96 heizbare Wohnräume, im Jahre 1908 22 Wohngebäude, 144 Wohnungen, 553 heizbare Zimmer, im Jahre 1907 45 Wohngebäude, 273 Wohnungen und 912 heizbare Zimmer. Bei der großen, fast allgemein anerkannten Wohnungsnot in Halle ist diese recht schwache Bautätigkeit nur zu bedauern.

Nach Berliner Muster.

Der Leiter der Halleschen Hochwohllöblichen, dem bisher trotz seines hervorragenden Organisationstalents der Direktortitel versagt geblieben ist, kennt anscheinend keinen andern Ehrgeiz, als den, es der Berliner Polizei in der Beschnüffelung der Sozialdemokratie gleichzutun. Mitunter nehmen die Bemühungen, der Oeffentlichkeit glauben zu machen, daß die Hallesche Polizeischläue bereits an die Berliner heranreiche, gradezu grotesken Charakter an. Wir wollen das beweisen an einer Notiz, die gestern sich in der „Halleschen Zeitung" fand — dem „General-Anzeiger" schien sie wohl etwas gar zu du—rchsichtig. Das Ding lautet so:

Verhinderter grober Unfug bei der Maifeier. Daß diesmal die Maifeier so ruhig verlief, ist der Umsicht unserer Polizeiverwaltung zu verdanken. Die roten Genossen hatten einen Demonstrationszug geplant, der aber verhindert wurde. Ihre Betrübnis hierüber verhehlen sie nur schlecht, wenn sie sagen lassen, daß die Maifeierkommission nichts davon wußte, daß die Genossen am „Weißbiersalon" zu demonstrieren gedachten. Diese Demonstration sei denn auch pünktlich unterblieben. Daß die Demonstration stattfinden sollte, war beschlossen. Zum großen Verdruß der den geplanten öffentlichen Unfug Inszenierenden hatte aber unsere Polizei rechtzeitig von der Demonstration Kenntnis erhalten. Nun beschloß man im Kreise der Genossen, den Platz für das Zusammentreten des Umzugs zu wechseln (natürlich ganz im Geheimen). Wie erstaunt wird man aber gewesen sein, als auch dieser ganz geheim gehaltene neue Sammelplatz — an der Hauptpost — von der Polizei beobachtet wurde. Die Ankommenden sollen nicht schlecht betroffen gewesen sein, als sie dort an der Post so zu sagen von unserem Herrn Oberinspektor persönlich empfangen wurden. Es ist mit großer Freude zu begrüßen, daß so der Demonstrationsunfug vereitelt wurde; nur schade, daß nicht auch die Absicht schon strafbar ist."

Dieser sonderbare Erguß, dem das polizeiliche Diktat aus allen Löchern schaut, hat uns großen Spaß gemacht. Immerhin hielten wir uns beim Eingangssatze die Nase zu, da nämlich, wo von der Umsicht der Polizei die Rede ist. Eigenlob soll nach dem Volksmunde — riechen . . . . .

Aber „umsichtig" ist die Polizei doch gewesen, indem sie etwas erfahren hat, wovon niemand gesprochen und woran niemand gedacht hat. Wir meinen die „Demonstration" am „Weißbiersalon". Da die Schwabbelei in der „Halleschen Zeitung" trotz unserer gegenteiligen Mitteilung dabei bleibt, daß diese Demonstration beschlossen war, bereitet sie uns das Vergnügen, den Urheber jener Behauptung öffentlich einen Schwindler nennen zu dürfen. Die Demonstration war nicht beschlossen!

Der Verdruß, den wir und die „den geplanten öffentlichen Unfug Inszenierenden" verspürten, als der zum Polizei-Inspektor Weydemann berufene Genosse Reiwand nach seiner Rückkehr mitteilte, was die Polizei von unsern „Geheimplänen" entdeckt hatte, ist gar nicht zu beschreiben. Soviel können wir der Herzenseinfalt der „Halleschen Zeitung" und ihrer Lintermänner verraten, daß in den verschiedenen Lasterhöhlen des Harz 42/43 fellen eine so fröhliche Stimmung geherrscht hat, wie am Mittag des 30. April. Uebertroffen wurde diese Heiterkeit nur durch die aus oben wiedergegebener Notiz herrührende. Der neue „Sammelplatz" an der Hauptpost sieht ganz der Halleschen Polizei und ihrem genialen Leiter ähnlich. An dieser Stelle hätte sie wohl gern eine „Demonstration" gehabt, um nachher ihren Ruhm als Verhinderin solcher Staatsgefährlichkeiten ausbreiten lassen zu können? Aber wenn sie derartige Spähchen arrangieren will, muß sie sich schon etwas nobler in bezug auf die Bezahlung ihrer Subjekte geben. In Halle heißt es sparsam wirtschaften. An dieser grausamen Notwendigkeit scheitern selbst „hervorragende Organisatoren". Als wir bei einem Spaziergange durch die Große Steinstraße in der Frühe des 1. Mai Herrn Weydemann begegneten, sah er nicht gerade aus, wie einer, der mit seinen Kombinationen Glück gehabt hat. —

Und nun gestattet uns vielleicht die „Hallesche Zeitung" und ihr Auftraggeber die bescheidene Anfrage, wie hochgradig denn ihr Verdruß gewesen darüber, daß es zu gar keiner Aktion am 1. Mai gekommen? Sollten die Herrschaften wirklich kein Gefühl dafür besitzen, wie sehr just sie sich vom 1. Mai bis heute blamiert haben? — Wir glauben doch, denn so hin und wieder schauen auch wir ein wenig hinter die Kulissen, wo es am wenigsten gewünscht wird. . . . . .

Warum die Polizei-Aufsicht?

Am 3. Mai vormittags hielten sich in der Turmstraße vor der Fabrik von Wegelin u. Hübner zwei Schutzleute beschäftigungslos auf. Die beiden Beamten standen wie die Schildwachen am Eingang der Fabrik von morgens 6 bis mittags als lebendige Zeugen der Umsicht unsrer Polizeibehörde, die überall ist, wo es den Arbeitern einige Unterhaltung zu bereiten gilt. Bei der Fabrik hatten sich die Former und Gießerelarbeiter der Firma versammelt, zirka 120 Mann, denen das Betreten der Fabrik verboten wurde, weil sie bis zum 10. Mai ausgesperrt sind.

Sollten die Leiter des Betriebes vor Aerger über die Entschlossenheit der Arbeiter um jede klare Ueberlegung gekommen sein? Soviel dürften sie doch die organisierten Arbeiter kennen, daß diese keine Schutzmannsbewachung nötig haben, um Ruhe und Ordnung zu halten. Einer geschulten Arbeiterschaft, die geschlossen für den Achtstundentag eintritt, ist die Polizeiaufsicht Luft. Sie läßt sich ebensowenig davon reizen, wie einschüchtern.

* **Das alte preußische Preßgesetz** von Anno dazumal findet immer noch seine Anwendung, wenn Flugblattverteiler auf der Straße erwischt werden. Trotz Erlaß des Reichsgesetzes vom Mai 1874 sind die veralteten Bestimmungen noch in Kraft, wie eine gestern vor dem Schöffengericht stattgehabte Verhandlung ergab. Ein Fabrikarbeiter hatte am 17. März auf der Straße

Schutzmarke:

Caramel-Malz-Bier Pelikan mit Jungen!

Fast alkoholfrei! Bestes Nähr- und Erfrischungsgetränk. Aerztlich empfohlen.

Fernspr. 2649. **Heinrich Müllers Ww., Schwemme-Brauerei, Halle a. S.** Gegründet 1718.

NB.: Man achte genau auf die Schutzmarke: Pelikan mit Jungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0006

Flugblätter mit der Ueberschrift: „Die Arbeiter und die Krise" verbreitet und war dabei von einem Polizisten erwischt worden. Ein Paragraph jenes veralteten Gesetzes schreibt vor: Niemand darf ohne polizeiliche Erlaubnis auf Straßen und öffentlichen Plätzen Druckschriften verbreiten. Der Arbeiter hatte die Verbreitung nicht angemeldet und deshalb ein Strafmandat über 3,00 Mk. erhalten, das von dem Gericht bestätigt wurde.

* **Veränderte Fahrzeit.** Bis zum 14. Mai einschließlich wird der Zug, welcher um 8.05 Uhr vormittags aus Leipzig fahren soll, schon um 8.00 Uhr abgehen, aus Schkeuditz 8.22 Uhr statt 8.26 Uhr. Vom 15. Mai an wird der Zug jedoch in der im Fahrplan angegebenen Weise verkehren.

* **Eine Warnung vor gesundheitsschädlichem Eis** erläßt die Polizeibehörde. Auch im vergangenen Winter ist Eis in großen Mengen in die Stadt eingeführt worden, das von der Saale, der sogenannten „toten" oder „alten" Elster hinter Burg i. A. und der Ziegelwiese stammt. Diese Gewässer sind durch Abfallstoffe bedenklichster Art, die bei dem Gefrieren des Wassers mit in das Eis gelangen, verunreinigt. Aus gesundheitlichen Rücksichten wird deshalb gewarnt, derartiges Eis in direkte Berührung mit Lebens- und Genußmitteln (namentlich Getränken) zu bringen. Es wird dringend empfohlen, für solche Zwecke nur Kunsteis zu verwenden, das aus einwandfreiem Wasser hergestellt ist.

* **Ein sogenannter Repräsentant einer Detektiv-Gesellschaft** treibt gegenwärtig hier sein Unwesen und stand gestern vor dem Schöffengericht unter Anklage, weil er leichtgläubigen Leuten wieder einmal ihr Geld abgenommen hatte. Seine Freunde, mehrere Agenten, waren mit zu seinem Debüt vor Gericht erschienen. Der Mann trat, wie auch vor seinen Kunden, in tadelloser Garderobe auf und erzählte, das Institut, welches er als Repräsentant vertrete, habe in München, Magdeburg und anderen Großstädten Filialen. Es sei ein Fonds von 300 000 Mk. vorhanden. Allein in Halle habe das Institut 3000 Aufträge erhalten, nämlich 3000 faule Forderungen einzuziehen. Der Agent, ein 29jähriger Mensch, verfährt mit seinen Kunden in folgender Weise: Er gibt als Repräsentant der Gesellschaft bei Geschäftsleuten, die Forderungen auszustehen haben, eine tadellose Visitenkarte ab, verlangt einen Vorschuß von 3,— Mk. für Bemühungen bei dem Eintreiben fauler Forderungen. Die Schuldner werden kräftig eingeschüchtert und „mit dem Rechtsanwalt bedroht", wenn sie nicht zahlen, und die Einnahmen werden eingesteckt. In den zur Anklage stehenden Fällen handelte es sich nur um Kleinigkeiten, mit deren Begleichung sich der „Repräsentant" glaubte nicht abgeben zu brauchen. Der Agent, der sich Kaufmann nannte, wurde wegen seines raffinierten Vorgehens zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Das von der gesamten Presse besprochene neue Schauspiel „Revolutionshochzeit" kann, da die Spielzeit bereits am Sonntag geschlossen wird, nur noch einmal, und zwar Donnerstag gegeben werden. Das spannende Werk des dänischen Dichters hielt das Publikum bis zum letzten Wort in seinem Bann und hinterließ einen tiefen Eindruck. Zum Freitag wird das volkstümliche historische Schauspiel „Philippine Welser" anläßlich des Benefizes für die Kassiererin Fräulein Emma Kästner neu einstudiert. Im Mittelpunkt der Handlung steht das Geschick der Welserschen Familie, deren Hauptperson auch Wildenbruch in seinem Schauspiel „Die Rabensteinerin" in den Vordergrund gestellt hat. Die weibliche Hauptrolle hat Frl. Schlomka, deren prächtige Leistung als „Alaine" in „Revolutionshochzeit" wesentlich zu dem Erfolg des Stückes beitrug. In hervorragenden Aufgaben sind ferner beschäftigt Herr Alves und Herr Friedrich. — Wegen Erkrankung des Herrn Gode wird am Donnerstag an Stelle der „Revolutionshochzeit" „Alt-Heidelberg" gegeben.

* **Ausgefallen** ist am Sonntag das Internationale Dauerrennen auf der Halleschen Radrennbahn. Dem zahlreich erschienenen Publikum wurde mitgeteilt, daß wegen des zweifelhaften Wetters und infolge Differenzen zwischen den Rennfahrern das Rennen nicht stattfinden könne. Anstatt nun aber, wie es doch eigentlich selbstverständlich war in diesem Falle, dem Publikum das Geld für die gelösten Eintrittskarten zurück zu erstatten, ließ man es einfach so wieder abziehen, wie es gekommen war. Auf den Karten ist der Vermerk zu lesen, daß Eintrittsgelder in keinem Falle zurückerstattet werden. Auf welchen gesetzlichen Anspruch stützt sich diese Ankündigung? Die Rennbahn-Verwaltung sollte wissen, daß im Geschäftsverkehr einer Leistung die ausreichende Gegenleistung gegenüberstehen muß, sonst ist der betreffende Vertrag nichtig. Uebrigens wäre es nicht mehr wie anständig gewesen, wenn man das Publikum vor dem Kauf der Karten von der Wahrscheinlichkeit des Nichtstattfindens der Rennen unterrichtet hätte.

Die bisherige Direktion der Bahn, welche für den 2. Mai die Bahn der Berliner Sportpark-Betriebsgesellschaft überlassen hatte, teilt mit, daß sie mit dem Ausfall der Rennen nichts zu tun gehabt habe. Sie gedenkt aber die Konkurrenzen in der gleichen Besetzung am Sonntag, 16. Mai, ausfahren zu lassen. Die gelösten Karten behalten dazu ihre Gültigkeit.

* **Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich am Dienstag kurz nach Mittag in der Gottesackerstraße. Ein Gespann der Speditionsfirma Vester wollte in der engen Straße umwenden. Neben ihm versuchte der 11jährige Sohn des Vorarbeiters König aus der Germarstraße an der dort befindlichen Friedhofsmauer vorüberzulaufen, wurde aber von der Wagendeichsel erfaßt und dann von dem schweren Fuhrwerk derartig mit dem Kopf gegen die Wand gepreßt, daß dieser zerquetscht wurde. Der arme Junge war in wenigen Augenblicken tot. Ob dem Wagenführer etwa dadurch ein Verschulden beizumessen ist, daß er in der ziemlich engen Straße zu wenden versuchte, muß die Untersuchung ergeben.

* **Vermißt** wird seit dem 27. April der in der Streiberstraße 20 wohnende Privatmann, frühere Bäckermeister Emil Schubert, der nervenleidend ist. Er ist nach einem Spaziergange zuletzt in Hohenweiden gänzlich erschöpft gesehen worden. Sein Alter ist 41 Jahr, er ist 1.68 Meter groß, hat dunkelbondes Haar und ebensolchen Schnurrbart. Bekleidet war er mit grauem Jackettanzug, schwarzen, steifen Filzhut und Zugstiefeln. Auf seine Ermittelung ist eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt worden.

* **Aus der elektrischen Bahn gestürzt.** Gestern nachmittag stürzte auf der Schieferbrücke ein junges Mädchen vom Hinterperron der elektrischen Straßenbahn über die Brüstung, und schlug mit dem Hinterkopf auf den Brückenpfeiler, so daß eine klaffende Wunde entstand. Die Bedauernswerte mußte bewußtlos vom Platze getragen und später nach dem Elisabeth-Krankenhause überführt werden.

* **Geisteskrank** scheint der Schweizer Traugott Kautz zu sein, der sich am Montag im betrunkenen Zustande am Bärenzwinger des Zoologischen Gartens zu schaffen machte und erklärte, sich von den Bären auffressen lassen zu wollen. Der Mann hatte bereits die Umzäunung des Zwingers überstiegen und nur durch das Eingreifen zweier Wärter wurde ein Unglück vermieden. K. ist derselbe, der bereits am 11. Februar aus gleichem Anlaß aus dem Zoologischen Garten entfernt werden mußte.

* **Erhängt** hat sich am Dienstag vormittag ein 23jähriger Kutscher D., wie behauptet wird, aus Schwermut.

Löbejün, 5. Mai. Monatssitzung. Die Mitglieder des Bezirks Löbejün im Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis halten ihre fällige Monatssitzung am Donnerstag, 6. Mai, abends 8½ Uhr, diesmal in der Wohnung des Genossen Fr. Röber ab.

Nietleben, 5. Mai. Verschwunden ist hier seit einigen Tagen der Barbier Karl Maseberg. Der kaum 25 Jahre alte Mann betrieb hier ein sehr gut gehendes Barbiergeschäft und lebte in geregelten Verhältnissen. Ueber seinen Fortgang sind unkontrollierbare Gerüchte in Umlauf, die zum Teil Familienverhältnisse, zum Teil Furcht vor dem Meisterexamen als Grund angeben.

— Fahrraddiebstahl. Dem Metallarbeiter Otto Beyer wurde am Montag vor der „Bergschenke" in Nietleben das Fahrrad gestohlen.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle a. S., 4. Mai 1909.

Eine faule Gründung

bildete den Gegenstand der Anklage gegen den Möbelfabrikanten Friedrich Karl Quilitzsch aus Bitterfeld, der wegen betrügerischen Bankrotts angeklagt war. Den Vorsitz führte heute Landgerichtsrat Redantz; die Anklage vertrat Assessor Dülcke und als Verteidiger wirkte Rechtsanwalt Eulenberg. Der Angeklagte ist 32 Jahre alt, von Beruf Kellner und übernahm schließlich ein Trödelgeschäft seiner Eltern in Bitterfeld. Neben dem Trödelgeschäft betrieb er auch den Handel mit Möbeln, die er anfänglich fertig einkaufte. Später ging er zu selbständiger Möbelfabrikation über. Als Hauptgrund für diesen Entschluß gab er vor Gericht an, er habe bei dem Einkauf fertiger Möbel sehr leicht wegen Hehlerei mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt kommen können. Seit 1906 betrieb er nach Ankauf der nötigen Baulichkeiten die Möbelfabrikation im großen, so daß er drei Vorarbeiter, 20 Gehilfen und zwölf Lehrlinge beschäftigte. Nach Angabe des Konkursverwalters ging der Angeklagte bei seinen Geschäftserweiterungen ganz erheblich über seine Mittel hinaus, so daß er dem über seine Verhältnisse vergrößerten Unternehmen unmöglich lange gewachsen bleiben konnte. Bald mußte er sich hauptsächlich mit Wechseln behelfen und gewährte auch andern auf Wechsel leichtsinnig Kredit. Dabei soll er durch flotte Lebensweise viel Geld unter die Leute gebracht haben. Er hielt sich ein Reitpferd und knüpfte mit Damen zarte Verhältnisse an, womit seine Gattin, zumal er Vater von zwei Kindern ist, nicht einverstanden war. Da er kaufmännische Bildung nicht genossen, sah es mit der Buchführung sehr windig aus. Er meinte vor Gericht, wenn man auch von der Buchführung nichts versteht, so kann man doch ein ganz tüchtiger Geschäftsmann sein. Bilanzen sind niemals gezogen worden. Eine einfache Inventur will er für ausreichend gehalten haben; eine solche lag aber nicht einmal vor. Bis 1907 begnügte er sich mit einem Kontorfräulein, obwohl sich schon 1906 sein Jahresumsatz auf 95 000 Mk., 1907 auf 125 000 Mk. belief. Erst 1907 nahm er sich einen Buchhalter, namens Freimann an, für das niedrige Monatsgehalt von 50 Mark, bei allerdings freier Station. Gehaltserhöhungen soll der Buchhalter, so sagt der Angeklagte, zurückgewiesen haben. Quilitzsch übertrug ihm aber die ganzen kaufmännischen Angelegenheiten und will sich damit von aller weiteren Verantwortung für befreit gehalten haben. Der Buchhalter habe sich überdies sehr selbständig benommen und sich absolut nichts drein reden lassen; sogar um Geld aus der Kasse habe der Chef ihn bitten müssen.

Während seiner Buchhaltertätigkeit bis zum Juni 1908 erlaubte sich Freimann etwa 150 Wechselfälschungen auf die Namen von Kunden der Firma. Hauptsächlich gestattete er sich eigenhändige Prolongationen verfallener Kundenwechsel, um sie dem Bitterfelder Spar- und Vorschußverein, der für Quilitzsch die Wechsel diskontierte, einreichen zu können. Auch soll er unerfahrene Leute zum Unterschreiben von Wechseln verleitet haben durch das Vorgeben, es handle sich nur um Möbelempfangsbescheinigungen. Wenige Tage nach der Konkurseröffnung wurde Freimann flüchtig. Er soll nach Rußland geflohen sein und wird bis jetzt vergeblich steckbrieflich verfolgt. Der Angeklagte will von den Wechselfälschungen keine Ahnung gehabt haben. Nach Ansicht des Konkursverwalters ist dies aber nicht gut möglich. Im Mai v. J. kam es zu Wechselprotesten, Klagen und Pfändungen. Dann verweigerte man der Firma den Kredit. Nach der Eröffnung des Konkursverfahrens fand der Konkursverwalter die Geschäftsbücher grenzenlos mangelhaft geführt. Ein klarer Ueberblick über den Vermögensstand war aus den dürftigen Büchern nicht zu gewinnen. Eine sichere Aufstellung der Aktiva und Passiva erschien unmöglich. Es wurden aber auch Fälschungen und andere Unregelmäßigkeiten in den Büchern festgestellt. In der Kladde hatte Quilitzsch in vier Fällen die Namen der wahren Schuldner getilgt und an ihrer Stelle andere, nirgends zu ermittelnde eingeschrieben. In zwei Fällen zog er von den wahren Schuldnern die Beträge, insgesamt gegen 1500 Mark, noch ein; er will sie jedoch nur im Geschäft selbst verwandt und nichts davon beiseite geschafft haben. Die Tilgung der richtigen Namen habe er in der Hoffnung vorgenommen, vielleicht noch einen Zwangsvergleich durchbringen zu können. Er habe geglaubt, der Konkursverwalter werde das nicht so genau nehmen. Kurz vor der Konkurseröffnung lieferte Quilitzsch seinem Kutscher einen Vertikow und seinem früheren Dienstmädchen Möbel im Gesamtwerte von 325 Mk. auf Abzahlung. Die Beweisaufnahme gestaltete sich sehr umfangreich. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen unter Zubilligung mildernder Umstände. Beantragt wurde dann eine Gesamtstrafe von einem Jahre und zwei Monaten Gefängnis. Das Urteil lautete auf

sieben Monate Gefängnis.

Von der Strafe wurde aber noch ein Teil auf die erlittene Haft als verbüßt erklärt.

Gewerkschaftliches.

Der neueste Trick der Zechenbarone.

Die dem Zechenverbande des Ruhrgebiets angehörenden Zechen händigen den Arbeitern jetzt Zettel aus, in denen sie darauf aufmerksam gemacht werden, daß, falls sie sich eines Kontraktbruchs schuldig machen, innerhalb sechs Monaten auf keiner dem Verband angehörenden anderen Zeche angenommen werden dürfen.

Mit dieser Maßnahme hoffen die Herren offenbar, sich vor einer Schadenersatzpflicht zu schützen.

Gelbe gegen Arbeitergrubenkontrolleure.

Die Macher des gelben Zechenbeamtenverbandes im Oberbergamtsbezirk Dortmund, die den Bergherren bei der Bekämpfung der Forderung auf Arbeiter-Grubenkontrolleure hilfreich zur Seite gestanden haben, sind enttäuscht, daß bei der Beratung der Berggesetznovelle ihre Sonderwünsche nicht in Erfüllung gegangen sind. In einer in Bochum abgehaltenen Gesamt-Vorstandssitzung wurde deshalb beschlossen, erneut an das Abgeordnetenhaus heranzutreten, um wenigstens einen Teil der gestellten Wünsche durchzudrücken.

Eine größere Aussperrung

droht im schwedischen Baugewerbe auszubrechen. Die Differenzen entstanden aus dem in Aussicht genommenen Reichstarifvertrag, der von den Unternehmern stark moniert wird. Es handelt sich um die Frage der Arbeitszeit. Die Arbeiter verlangen, daß dort, wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist, als 57 Stunden pro Woche, diese kürzere Arbeitszeit bestehen bleiben soll, während die Unternehmer von dieser Bestimmung im Vertrage nichts wissen wollen, sondern durchweg für das gesamte Baugewerbe auf einer 57stündigen Arbeitswoche bestehen. Die Unternehmer drohen, wenn die Arbeiter nicht bis 15. Mai ihre Bedingung akzeptieren, sämtliche Bauarbeiterplätze in West- und Süd-Schweden ab 22. Mai zu schließen und am 23. Juni sämtliche, bei Mitgliedern des Zentral-Arbeitgeberverbandes Schwedens beschäftigte Arbeiter im ganzen Lande auszusperren. - Der Zentral-Arbeitgeberverband Schwedens umfaßt nicht nur die sämtlichen Bauarbeiter, sondern auch das gesamte Handwerk, sowie einen Teil der mittleren Industrie.

Allerlei.

Ein Richter.

Schneidemühl, 4. Mai. Das hiesige Landgericht verurteilte den Amtsrichter Pfannkuch zu sechs Wochen Gefängnis. Der Verurteilte hatte einen gegen ihn gerichteten Zahlungsbefehl beiseite geschafft.

Erdbeben in Portugal.

Lissabon, 4. Mai. Aus Benavente wird gemeldet: Um 1 Uhr nachmittags erfolgte ein Erdbeben, das bedeutend stärker war als das vom 23. April. Da aber nichts mehr steht, verlief das Beben, ohne Schaden anzurichten. Berichte aus anderen Orten stehen noch aus.

Brennendes Dorf.

Paris, 4. Mai. Eine Feuersbrunst zerstörte die Ortschaft Buennelille. Die Flammen griffen infolge des herrschenden Sturmes schnell auf die mit Stroh gedeckten Häuser über. Trotz sofortiger Hilfe wurden zahlreiche Wohnhäuser und Stallungen ein Raub der Flammen. Das Feuer nimmt noch immer größeren Umfang an, sodaß die ganze Ortschaft eingeäschert werden dürfte.

Von Erdmassen begraben.

Charleroi, 4. Mai. Sechs Arbeiter der Grube von Courzelles sind infolge eines Erdrutsches verschüttet worden. Es gelang, vier der Verschütteten mit geringen Verletzungen hervorzuholen, die beiden anderen waren bereits tot. Die Opfer sind Familienväter.

Durch Kohlengase erstickt.

Berlin, 4. Mai. Heute nacht sind drei Berliner Arbeiter, die in der Gegend von Teltow bei der Legung von Kabeln beschäftigt waren, ums Leben gekommen. Sie hatten auf der Chaussee in einer Baubude genächtigt und, um sich zu wärmen, einen offenen Kokskorb angezündet. Die ausströmenden Gase haben den Erstickungstod herbeigeführt. Man fand heute früh die drei bewußtlos auf, ärztliche Hilfe konnte sie nicht mehr zum Leben zurückbringen.

175er.

Berlin, 4. Mai. Die zweite Strafkammer des Landgerichts III verurteilte heute den Rechtsanwalt a. D. Dr. Magnus Haase wegen Vergehens gegen den Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches zu 3 Monaten Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden, auf die Dauer von drei Jahren. 1 Monat der Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet. Sein Partner, der 18jährige Steinsetzergehilfe Fritz Schmidt, wurde wegen des gleichen Vergehens und wegen eines an einem kleinen Knaben begangenen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt, wovon drei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Der Staatsanwalt hatte Freisprechung (!) beantragt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Nur das Urteil wurde öffentlich verkündigt.

Maiwetter.

Kassel, 4. Mai. Der Kälterückfall hier hält noch an. Hier wurden nachts ein Grad Kälte, im Sauerland drei Grad Kälte beobachtet. Der Schnee liegt fußhoch. Auch in Oberhessen, Wetterau, Meißner und im Harzgebirge werden starke Schneefälle gemeldet.

Vernichtete Kulturen.

Köln, 4. Mai. Erst jetzt läßt sich übersehen, welch großen Schaden die letzttägigen Nachtfröste in den Weinbergen und Obsttälern des Oberrheins herbeigeführt haben. Speziell im Moselgebiet und den höher gelegenen Distrikten der Eifel und den anderen oberrheinischen Seitentälern ist der Schaden durch die Vernichtung der Obstblüte infolge des Schnees in den Weinbergen enorm. Im Ruhrtal ist eine Kirschenernte nicht zu erwarten.

Die Genickstarre.

Frankfurt a. M., 4. Mai. Bei einem 11jährigen Schüler wurde nach der Frankf. Zeitung die Genickstarre festgestellt. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln wurden getroffen.

Was noch fehlte!

Seit 2 Monaten ist am Chemnitzer Parteiorgan, der „Volksstimme", eine neue, hervorragende Kraft tätig, die nicht nur fulminante Leitartikel hervorbringt, sondern auch eine neue, bisher nicht übliche Art von Parteipolemiken eingeführt hat. So wurde das früher so wenig beachtete Blatt mit einem Schlage interessant und berühmt. Einmal im Zuge, die Zeitung „interessant" und aktuell zu machen, darf man sich dann nicht mit Halbheiten begnügen. Warum also nicht auch die Rubrik „Hofnachrichten" einführen? Die ganzen letzten Wochen lag dieser Gedanke sozusagen in der Luft. Wer noch einen Funken von Königstreue und Liebe zum „angestammten Herrscherhause" im Leibe hatte, wurde in Atem und Spannung gehalten von dem „bevorstehenden Ereignis" in Holland, der erwarteten Geburt eines Thronerben. In der bürgerlichen Presse bis herab zum „Berl. Tageblatt" feierte der Byzantinismus die wildesten Orgien, und wer weiß, was geschehen wäre, wenn nicht inzwischen Holland durch die Geburt einer Thronerbin aus seiner Not erlöst worden wäre. Der wahnsinnige Taumel, der das „holländische Volk" ergriffen hatte, wälzte sich lawinenartig nach Deutschland herüber. Im „Berliner Lokalanzeiger" wütete er am heftigsten und schwemmte die folgende Depesche aus Rotterdam an:

„Es brach eine wilde Begeisterung los, welche die Spannung vieler Wochen löste. Sogar die würdevollsten, maßvollsten und zugeknöpften Leute gerieten ganz außer sich, riefen einander die frohe Kunde zu und vergossen Tränen der Rührung. Die Kinder auf der Straße formierten Aufzüge mit orangefarbigen Schärpen, Holzsäbeln und Soldatenmützen, singen begeistert patriotische Lieder und rufen immer wieder „Oranje boven" und schüren das große Begeisterungsfeuer, welches turmhoch auflodert. In allen Städten und Dörfern wiederholen sich die Begeisterungsausbrüche. Es werden Anstalten für Beleuchtung der Städte, Fackelaufzüge, musikalische Aufführungen getroffen. Im Metropolgebäude im Haag ist ein mit orangefarbigem Tuch ausgeschlagener Saal hergerichtet worden, wo zehntausend mit Butter beschmierte und mit den bei Kindesgeburtstagsfeiern traditionellen „Muisjes" (Aniszuckerkörner) bestreute Zwiebacke zur Bescheerung der Kinder der Armen in Bereitschaft liegen. Jene Zwiebacke sind in orangefarbene Papiertüten gehüllt, mit orangefarbenen Bändern geschmückt und tragen die Aufschrift: „Hoch das Königskind!" Vier bis fünf Damen hatten fünf Tage lang den Inhalt unzähliger Butterdosen verschmiert und dabei ein Hektoliter „Muisjes" aufgebraucht."

Ehe der Strom „wilder Begeisterung" bis herunter nach Chemnitz kam, war er zwar schon merklich abgeflaut, aber doch noch stark genug, um in den Spalten der „Volksstimme" diesen Ausbruch zu hinterlassen:

„Das langerwartete Königskind."

„Amsterdam. Heute morgen haben sich bei der Königin die Wehen eingestellt. Man erwartet die Entbindung noch im Laufe des heutigen Tages."

Da komme nun noch einer und sage: wir wären „vaterlandslose Gesellen", oder nehmen keinen Anteil an den Geschicken der Menschen, die „Gottes Gnade" ausersehen hat, ganze Völker zu regieren! In der Chemnitzer „Volksstimme" mag er nachlesen, daß das eine — nichtswürdige Verleumdung ist . . . .

Turnen — unmoralisch!

Eine kaum glaubliche Geschichte, die trotzdem buchstäblich wahr ist, wird der Zeitschrift Körperkultur aus Hessen berichtet. Dort richtete in einem kleineren Orte der Turnverein ein Gesuch an die Gemeindeverwaltung, daß ihm ein Platz überlassen werden möge. Er erhielt jedoch einen abschlägigen Bescheid; der Kirchenvorstand habe sich dagegen ausgesprochen, „da das sittliche Empfinden der vorübergehenden weiblichen Jugend beim Anblick der leicht bekleideten Turner leiden könne." Ob der verehrliche Kirchenvorstand wohl weiß, daß sein sittliches Empfinden durch dieses unsinnige Votum bereits empfindlich gelitten hat?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0007

Die glücklichen Zecher von Washington.

Man schreibt der „Frankf. Ztg." aus Neuyork: Die Zecher im Staate Washington werden sich hinfüro in gewählter Gesellschaft befinden. Es ist nämlich dort jetzt ein Gesetz erlassen worden, das dem Wirte Gefängnisstrafe androht, der „angetrunkene oder unordentliche Personen oder solche, die aus irgendeinem Grunde gerichtlich bestraft worden sind," in sein Lokal hereinläßt. Und noch mehr Heil widerfährt den trinkfesten Mannen. Nämlich das neue Gesetz verbietet dem Wirt, weiblichen Personen „zu irgendeiner Zeit unter irgendeinem Vorwand" Eintritt zu gewähren in „einen Raum, Zimmer, Saal, Park, Garten oder sonstigen Platz, in dem Wein, Bier, Branntwein, überhaupt berauschende Getränke irgendwelcher Art verkauft, weggeschenkt oder zum Verkauf feilgehalten werden". Der brave Hausvater kann also in vollster Sicherheit in seiner „feuchten Ecke" weit über die gewohnte Stunde bleiben, ohne befürchten zu müssen, daß die zärtliche Gattin auftaucht, um ihn mit mehr oder weniger Energie einzuladen, die heimatlichen Penaten aufzusuchen.

Ein wahrer Jünger Jesu.

„Wer zwei Röcke hat, gebe dem der keinen hat," soll nach der biblischen Sage Jesus gesagt haben. Dieser Grundsatz enthält einen gewissen Kommunismus, gegen den aber die heutigen Vertreter des Christentums wettern, denn sie predigen von der göttlichen Weltordnung, in der das Eigentum geheiligt ist. Die große Masse wird auf das Jenseits verwiesen, in welchem alles Gute belohnt wird, sie selbst aber sind hier auf Erden gar sehr auf irdische Güter bedacht. Wie deutlich das oft in Erscheinung tritt, beweist ein Inserat, das wir in der Donnerstag-Nummer vom 29. April des frommen „Reichsboten" finden. Dasselbe lautet:

„Ein Pastor sucht von einem wahren Jünger Jesu gegen Schuldschein und pünktliche Zinszahlung auf drei Jahre 7000 Mk. zu leihen. Off. unt. P. K. 505 beförd. die Geschäftsst. d. „Reichsboten".

Wir sind überzeugt, daß der Herr Pastor die 7000 Mk., die er haben will, auch nähme, wenn sie ihm ein Atheist geben würde.

Versammlungsberichte.

Halle. Fabrikarbeiter. In der Generalversammlung am 25. April in Streichers Lokal wurde zuerst das Andenken der verstorbenen Mitglieder geehrt. Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen gab der Geschäftsführer den Quartalsbericht. Trotzdem das Jahr 1908 schon ein Krisenjahr war, überstieg das erste Quartal 1909 dessen Ausgabe ganz erheblich. Der Markenumsatz war durch die große Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen. Ebenfalls ist auch die Mitgliederzahl um 23 gesunken. Es wurde gerügt, daß am Orte in einigen Zahlstellenleitungen nicht ganz einwandsfrei verfahren wird, indem unsere Mitglieder überschrieben und aufgenommen werden, ohne sich bei unserer Verwaltung abgemeldet zu haben und ohne auch das Mitgliedsbuch zurückzugeben, obwohl dieses Verbandseigentum bleibt usw. Die Zahlen aus dem Bericht sind bereits im „Volksblatt" erschienen. Der Zuschuß an Arbeitslose soll noch bis zum 30. April gezahlt werden. Den streikenden Zementarbeitern in Jägerndorf wurden 20 Mk. zugesprochen. Für das Sommerhalbjahr finden die Generalversammlungen Sonnabends im „Volkspark" statt. Eine Konferenz der Arbeiter der chemischen Industrie, in Frankfurt a. M., am 30. und 31. Mai, soll durch den Geschäftsführer beschickt werden. Nach Wahl einer viergliedrigen Agitations- und Bildungskommission wurde beschlossen, am Himmelfahrtstage einen Ausflug nach Sennewitz-Teicha zu machen. Treffpunkt Trothaerstraße Nr. 2 in Neutrotha früh 8 Uhr. Zum Schluß wurde noch Beschwerde geführt über zwei Nietlebener Kollegen, die trotz Ermahnungen die gegnerischen Lokale besuchen. Diese sollen in nächster Zeit zu einer Sitzung eingeladen werden.

Halle. Gemeinde- und Staatsarbeiter. Am 24. April fand unsere Mitgliederversammlung in der „Goldenen Kette" statt. Der Vorsitzende berichtete zuerst über eine stattgefundene Verhandlung in Sachen einer Lohnfrage. Vergangenes Spätjahr traten die Kollegen des Bauamts mit einer Petition, um Aufbesserung des Lohns und Lieferung von Regenumhängen, an den Magistrat bezw. vor das Stadtverordnetenkollegium. Ohne eine weitere Debatte darüber wurde den Kollegen versprochen, diese Angelegenheit zu regeln und die Regelung vom 1. April ab in Kraft treten zu lassen. Als jedoch die dazu beauftragte Kommission beim Baurat vorstellig wurde, mußte sie so gut wie eine abschlägige Antwort mitnehmen. Die Regelung dieser Angelegenheit werden die betreffenden Kollegen selbst noch beraten. Sodann wurde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und auch angenommen. Nachdem gab der Kassierer den Kassenbericht des 1. Quartals, wobei ein Antrag gestellt wurde, den jeweiligen Bericht spezialisiert vervielfältigen zu lassen, um den Mitgliedern eine genügende Uebersicht zu gewähren. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Dann schilderte Kollege Berthold aus Leipzig in treffender Weise alles Bemerkenswerte über die Entwicklung unserer Organisation. Zuerst verbreitete er sich über die Beitragserhöhung, gegen die ganz unberechtigte Bedenken geltend gemacht würden. Ferner streifte er die Streikbewegung und wies darauf hin, daß unsere Finanzen noch lange nicht hinreichten, große aktive Kämpfe zu führen. Koll. Kaltschmidt erläuterte noch einmal kurz die von hiesiger Filiale gestellten Anträge. Ueber das Unterstützungswesen entspann sich eine heftige Debatte, die darin gipfelte, daß eine Beitragserhöhung wohl zu befürworten ist, aber daneben soll auch ein leistungsfähiger Kampffonds geschaffen werden, da wir sonst leicht in das Fahrwasser Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine geraten. Mit Recht wurde das geringe Interesse eines Teils der Mitglieder getadelt, bei denen das Klassen-Bewußtsein noch völlig fehlt. In seinem Schlußwort widerlegte der Referent einige Bedenken und forderte zu einer energischen Agitation auf.

Wittenberg. Gewerkschaftskartell. Sitzung vom 23. April. Von den angebotenen Steuerreklamationsformularen des Vorortskartells Magdeburg wurde kein Gebrauch gemacht, da solche vom Vorjahr noch genügend vorhanden sind. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom ersten Quartal. Weil die Abrechnung aber noch nicht revidiert war, konnte die Entlastung des Kassierers noch nicht erfolgen. Als Delegierter zur Kartellkonferenz wurde Genosse Geist gewählt. Eine Beratung über Anträge konnte nicht stattfinden, da bisher keine eingegangen sind. Beim Punkt Herbergswesen erklärten erfreulicherweise fast sämtliche Gewerkschaften, der neuen Herbergseinrichtung finanziell zur Seite stehen zu wollen. Im Verschiedenen wurde beschlossen, eine Protestversammlung zu der geplanten neuen Versicherungsordnungsvorlage in einem größeren Lokale der Stadt abzuhalten. Hierzu sollen die Vorstände der Krankenkassen und die Arbeitgeber zugezogen werden. Nach Erledigung einiger interner Sachen und nach Ausgabe der Eintrittskarten zur Maifeier wurde die Sitzung geschlossen. Anwesend waren: 21 Delegierte. Unentschuldigt fehlten: Maurer und Fabrikarbeiter je zwei, Bäcker, Dachdecker, Metallarbeiter, Steinsetzer, Zimmerer, Brauer je ein Delegierter.

Artern. Am 24 April hielt der Sozialdemokratische Verein seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Bock-Halle einen sehr interessanten Vortrag über die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in Amerika hielt. Leider muß immer wieder die üble Erfahrung gemacht werden, daß ein sehr großer Teil der Genossen solche lehrreiche Versammlungen nicht besucht. Zum zweiten Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal, die von den Revisoren revidiert und für richtig befunden wurde. Anwesend waren 26 Genossen und zehn Genossinnen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Riesenstreik.

Buenos Aires, 5. Mai. Infolge des allgemeinen Ausstands ist der Wagenverkehr eingestellt, die Straßenbahnen verkehren teilweise, und zwar unter dem Schutze bewaffneter Soldaten, die Eisenbahnen können ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Zahl der Ausständigen wird auf über 20 000 geschätzt.

Zusammengestohlene Millionen.

Konstantinopel, 5. Mai. In wohlinformierten Kreisen wird das auswärtige Vermögen Abdul Hamids auf 250 Millionen Mark geschätzt; hiervon entfallen auf England 9 Millionen Pfund, auf Frankreich 3 Millionen, auf Italien 2 Millionen und auf Deutschland ½ Million Pfund.

Die „Zeppeline".

Ravensburg, 5. Mai. Der „Anzeiger" meldet, daß „Zeppelin II" noch vor Pfingsten nach seinem Standort Köln überführt werden soll. Zwischen dem 15. und 20. Mai soll das Luftschiff zur Fernfahrt nach Berlin aufbrechen. „Zeppelin I" wird in nächster Zeit in die Ballonhalle nach Metz gebracht werden.

Briefkasten der Redaktion.

A. L., Zeitz. Bei uns ist kein Bericht über die Lohnbewegung der Dachdecker eingegangen. Von den Maimaßregelungen wäre schon gestern etwas gekommen, wenn die Mitteilungen darüber gesondert gehalten worden wären. So aber waren sie in der heute erscheinenden statistischen Uebersicht nur mit eingeflochten und sind mit dieser zurückgeblieben.

Versammlungs-Anzeiger.

Im Inseratenteil der heutigen Nummer werden folgende Versammlungen veröffentlicht:

Halle: Sozialdemokr. Verein, Donnerstag, 6. Mai.
Zeitz: Gewerkschafts-Kartell, Freitag, 7. Mai.

Zur Gründung einer eignen Presse im Zeitzer Kreise:

Klein-Osida. Vom Jugend-Spielklub „Einigkeit" Mannsdorf 2.10 Mark. Karl Schleifer.

Trebnitz. Von der roten Hochzeit in Ober-Schwedit 1.10, weil beim Hochwasser von Ober-Schweditz nach Trebnitz ein Fahrrad angekommen ist 0.25 Mark. B. Lukas.

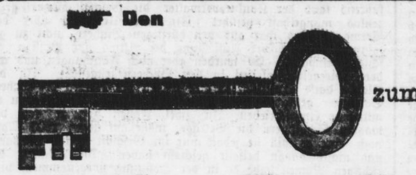
Die gefährlichste Zeit des Säuglingsalters ist die Periode der Zahnung und Entwöhnung, weil in diesem Alter die Durchfälle am häufigsten auftreten. Die beste Abwehr bietet eine rationelle Ernäherung mit „Kufeke" und Milch, wodurch die Verdauung gefördert und geregelt wird.

Cafetin
Coffeinfreier Ersatz für Bohnenkaffee, ärztlich warm empfohlen.
Erhältlich in Kolonialwarengeschäften.

:: **Kinderwagen** ::
nur beste Fabrikate,
von **10**85 an.

Sportwagen
von **2**75 an.
Leopold **Nussbaum**, Grosse Ulrichstr. 60/61.

Den



zum **Sparen**
bietet allein
Walter Trolle, Canenaerweg 1, Fernruf 1439.
Saale-Briketts ab Lager **58** Pfg. frei Gelass **65** Pfg.
Syndikatsfrei. Richtiges Gewicht garantiert.

Extra billiger Verkauf
Blaudruck Mtr. 55 53 50 48 45 37 Pf.
Barchent-Hemden für Männer von 1.25 an
Arbeiter-Hosen.
Kinder-Mäntel extraweit von 6.00 an
M. Gotthell
Gr. Klausstrasse 9.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: Hofrat W. Richards.
Donnerstag den 6. Mai 1909:
221. Abonn.-Vorst. 1. Viertel.
Novität! Zum 2. Male:
Revolutions-Hochzeit.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Sophus Michaelis.
Anf. 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag den 7. Mai 1909:
222. Abonn.-Vorst. 2. Viertel.
Benefiz für die Kassiererin Emma Kästner.
Philippine Welser.
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Oskar von Redwitz.

Apollo-Theater.
Heute zum 5. Mal:
Auf dem Witwen-Ball.
Schwank i. 3 Akten m. Gesang u. Tanz v. Gebhard Schätzler-Perasini.

Für jeden Geschäftsmann unentbehrlich.
Steuererklärung und Buchführung.
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Harz 42/43.

Aus der Tiefe.
Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter.
Von Adolf Levenstein.
Preis 1.00 Mark.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. S.,
Harz 42/43.

Arbeitsmarkt

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Vakanzenpost" Esslingen 156.

Tüchtige Maurer
werden angenommen, 60 Pfennig Stundenlohn.
Neubau Hospitalplatz.

Hausarbeiterinnen
für leichte Arbeiten sofort ges.
Lässig & Ko., Königstr. 70.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 4. Mai.

Aufgeboten: Kaufmann Hartje und Martha Hoffmann (Göttingen und Pfännerhöhe 46). Arbeiter Reichmeister und Marie Bergmann (Mühlgasse 4). Bergwerksdirektor Becker und Frida Rackwitz (Großhäuslingen u. Marthastraße 16). Kaufmann Cohn und Frida Fritsch (Leipzig und Parkstraße 16). Friseur Berger und Margarete Müller (Halle a. S. und Creisfeld). Ziegeleiarbeiter Bernhardt und Helene Fleischmann (Cölleda). Bahnarbeiter Kleiner und Minna Dittmar (Halle a. S. und Höhnstedt). Schlosser Schoch und Anna Probst (Edderitz und Schraplau).

Eheschließung: Postsekretär Berger und Gertrud Ehricht (Rud. Haymstr. 2 u. Streiberstr. 52).

Geboren: Arbeiter Michael, S. (Bäckerstr. 3). Eisenbahnhilfsschaffner Bode, S. (Torstr. 58). Maschinenschlosser Krebs, S. (Pfännerhöhe 14). Schlosser Großmann, T. (Thomasiusstr. 2). Former Junggebauer, S. (Unterberg 4). Maurer Gröst, S. (Schmeerstr. 7). Fabrikarbeiter Allendorf gen. Kaufmann, T. (Huttenstr. 5). Hilfslademeister Merkel, T. (Kuhgasse 10). Druckereifaktor Wolff, S. (Kuhgasse 4). Hausvater Neu, T. (Mauerstr. 7). Lohnarbeiter Büchner, S. (Torstraße 27).

Gestorben: Arbeiters Solle aus Lodersleben Ehefrau Anna geborene Ronneburg, 44 Jahre (Klinik). Steinmetz Kermer S., 5 Mon. (Nicolaistr. 8). Witwe Koebel geb. Gramms, 84 Jahre (Herrenstr. 6). Arbeiters Merkel T., 2 Wochen (Weingärten 42). Witwe Grimm geb. Boschmann, 62 J. (Kl. Sandberg 18). Bürogehilfe Schrader, 16 J. (Sternstraße 1b). Arbeiters Mucke T., 6 Mon. (Ratswerder 5). Schuhmacher Kirschwitz, 71 J. (Zwingerstraße 14). Obertelegr.-Assistent a. D. Beyer, 72 J. (Friedrichstraße 69). Auguste Mikosch aus Querfurt, 20 J. (Klinik). Witwe Emilie Bock geb. Lange a. Biehla, 38 J. (Klinik). Schlossers Seidel T., 4 Monat (Brunoswarte 1). Tischlers Schreiber Ehefrau Emma geb. Bennemann, 45 J. (Unterplan 7). Lademeister a. D. Bethge, 72 J. (Streiberstr. 8).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a). 3. Mai.

Aufgeboten: Brauereibesitzer Siebeneicher und Hanna Jordan (Joachimsthal und Mühlweg 22). Tischler Metz und Marie Leibe (Rosenstraße 4 und Schulberg 10).

Geboren: Schlosser Mähler T. (Lessingstr. 5). Arbeiter Günther S. (Feldstraße 5). Kaufmann Buchmann T. (L. Wuchererstr. 7). Krankenpfleger Pelz S. (Jägerplatz 4).

Gestorben: Kaufmanns Anders S., 2 Jahr (Wettinerstraße 2). Viktualienhändlers Harter T., 4 J. (Brandenburgerstraße 3). Witwe Agnes Unverhau geb. Mertens, 71 J. (Bahnhofstraße 4). Fuhrwerksbesitzer Giebler, 55 J. (Saalwerderstraße 24). Kesselwärters Saupe S., totgeb. (Reilstr. 41).

4. Mai.

Aufgeboten: Werkmstr. Büchner u. Marie Dölle (Merseburg u. Zietenstr. 38).

Eheschließung: Kaufm. Lauterbach u. Ida Nützer (Gerbstedt u. Fleischerstr. 11).

Geboren: Steinsetzer Stroß S. (Feldstraße 5). Reg.-Bau-Sekretär Herre S. (Ludwig-Wuchererstraße 77). Klempner Quaas S. (Brandenburgerstr. 11).

Jetzt säet man

Erbsen, Zwiebeln, Spinat, Petersilie, Salat, alle Kohlarten, Radies, Gurken, Buschbohnen u. Stangbohnen,
Schlingpflanzen für Balkons, Lauben u. Spaliere,
Frühkartoffeln, Grassamen
— für Gärten und Wiesen —
Ferner empfehle:
Div. Gartenwerkzeuge, Gartenpfähle, Tonkinstäbe, Baumwachs und Raffiabast,
Blumenzwiebeln.
Erfurter Samenhandlung
Wilhelm Grell,
Markt 7, grüner Laden.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Volksbuchhandl., Harz 42/43

Gestern mittag ¾11 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante

Emma Schreiber, geb. Bennemann

im 45. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Unterplan 7.
Halle den 4. Mai 1909.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 104 — Halle a. S., Donnerstag den 6. Mai 1909 — 20. Jahrg.

Der Verbandstag der Zimmerer.

Die 18. Generalversammlung des Zentralverbands der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen wurde in der Woche vom 18.—24. April in Stuttgart abgehalten. Sie war zugleich eine Art Jubiläum, da der Verband, wie der Vorsitzende Schrader in seinem Eröffnungswort hervorhob, eine 25jährige ruhmvolle Tätigkeit hinter sich hat, und man ferner auf ein 40jähriges Bestehen der deutschen Zimmererbewegung zurückblicken kann.

Bei der Erstattung des Geschäftsberichts bedauerte der Vorsitzende Schrader, daß bei der Vereinigung mit der Freien Vereinigung der Zimmerer eine große Zahl Mitglieder der Vereinigung dem gemeinschaftlichen Beschlusse nicht nachkamen und ihren Uebertritt nicht vollzogen haben.

Die Anträge, die eine Verschmelzung der dem Baugewerbe angehörenden Gewerkschaften fordern, und die später abgelehnt wurden, werden vom Vorstand bekämpft. Der ablehnende Standpunkt wird damit motiviert, daß die Interessen der einzelnen Berufe weit auseinander gingen, wodurch auch das gemeinschaftliche Zusammenarbeiten der Verbände des Baugewerbes trotz des Kartellvertrags kein leichteres, sondern ein schwierigeres geworden sei. Der Verband würde dabei nichts gewinnen.

Der Kassenbericht ergibt einen sehr günstigen Stand der Finanzen.

Ueber die Presse berichtete Redakteur Bringmann-Hamburg. Nach dem gedruckten Bericht betrug die Auflage des „Zimmerers" im Jahresdurchschnitt 1908 61 879 gegen 57 087 Ende 1906. Die Ausgaben für den „Zimmerer" beliefen sich in den Berichtsjahren auf 153 589,92 Mk.

Ein Antrag Frankfurt, in Zahlstellen mit 600 Mitgliedern auf Kosten der Zentralkasse einen Beamten anzustellen, wird in der folgenden modifizierten Form dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen:

„Die Generalversammlung möge beschließen, daß der Zentralvorstand in Zahlstellen, wo es die Verhältnisse bedingen, das Recht hat, Lokalbeamte auf Kosten der Zentralstelle anzustellen. Die bereits vorhandenen Beamten sind zu übernehmen. Als Gegenleistung sind die Zahlstellen verpflichtet, 5 Pfg. pro Kopf und Mitglied mehr zu zahlen, als im Statut festgelegt ist."

Die Mietsentschädigung der die Gewerkschaftsschule besuchenden Verbandsmitglieder regelt der folgende Beschluß:

„Die 18. Generalversammlung erneuert den Beschluß der 17. Generalversammlung, alljährlich Mitglieder an den Unterrichtskursen der Generalkommission, nach den bisherigen Bedingungen teilnehmen zu lassen. Zu der gleichfalls von der 17. Generalversammlung festgesetzten Entschädigung erhalten alle Teilnehmer einen Mietzuschuß von 30 Mk. den Monat. Die sich aus Berlin und der nächsten Umgebung meldenden Teilnehmer erhalten denselben Betrag. Dem Zentralvorstande wird das Recht eingeräumt, für jeden der Teilnehmer Bücher bis zum Wert von 15 Mk. zu beschaffen."

Anträge zum Bauarbeiterschutz werden mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz demnächst der Generalkommission angegliedert wird.

An der Haltung des Verbandsorgans „Der Zimmerer" wird eingehende Kritik geübt. Von vielen Rednern wird dem Mitarbeiter des „Zimmerer", Th., größere Zurückhaltung in Aeußerung seiner politischen Ansichten geraten. Der Artikel, der gleich nach dem Nürnberger Parteitag erschien, sei allzu sehr süddeutsch gefärbt und diesen Ansichten stimmen die Mitglieder nicht zu. Eine größere Entlastung des Redakteurs Bringmann wird allseitig gewünscht, damit er endlich den dritten Band der Geschichte der Zimmerer Deutschlands herausgeben könne. Die Debatte über die Presse zeitigte folgende Beschlüsse. Der erste Band der „Geschichte der deutschen Zimmerer" soll in Neuauflage erscheinen. Auch wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der dritte Band der Geschichte bald erscheint. In Zukunft soll im „Zimmerer" für Erklärungen, Gratulationen, Glückwünsche usw. eine Rubrik eingerichtet werden, welches gegen ein Jahresabonnement, das bis zu drei Zeilen 8 Mk. und für weitere zwei Zeilen 2 Mk. mehr betragen soll, den Ortsverwaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Ueber Lohn- und Tarifverträge referierte der Vorsitzende Schrader. Der Verbandstag nahm die von ihm vorgelegte Resolution einstimmig an:

1. Die 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hält nach wie vor an dem Standpunkt fest, den die moderne deutsche Zimmererbewegung zu kollektiven Arbeits- bezw. Tarifverträgen bisher eingenommen hat.

Hiernach soll für möglichst jeden Ort oder für jedes, mehrere Orte umfassende und zusammenhängende Wirtschaftsgebiet ein kollektiver Arbeitsvertrag abgeschlossen werden, und zwar:

Von den Gesamtheiten der Unternehmer, die Zimmerarbeiten ausführen und den Zimmerern der betreffenden Orte bezw. Wirtschaftsgebiete oder in deren Namen. Der kollektive Arbeitsvertrag soll für alle Zimmerarbeiten des betreffenden Ortes bezw. Wirtschaftsgebietes, wofür er abgeschlossen wird, bindend, also unabdingbar sein.

Die Lohnbestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen als Minimum gelten; jedem Unternehmer soll es freistehen, nach Maßgabe der Leistung eines jeden von ihm beschäftigten Zimmerers den Lohn zu erhöhen, und jedem Zimmerer soll es freistehen, nach Maßgabe des Wertes seiner Arbeitskraft höheren Lohn zu fordern, eventuell das Arbeitsverhältnis deswegen zu lösen, ohne daß darin eine Verletzung des kollektiven Arbeitsvertrages erblickt werden könnte.

Alle Bestimmungen des kollektiven Arbeitsvertrages sollen den sozialen bezw. wirtschaftlichen Bedürfnissen der Zimmerer, für die er abgeschlossen wird, nach Maßgabe der baugewerblichen Produktion und ihrer Verbesserung Rechnung tragen, und sie sollen auch während der Vertragsdauer zugunsten der Arbeiter abgeändert werden können, wenn die Voraussetzungen, unter denen der kollektive Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde, sich in entsprechender Richtung verändern.

Bestimmungen, die den Arbeitsvertrag als solchen, also die Anwerbung der Arbeitskraft während der durch kollektiven Arbeitsvertrag vorgeschriebenen Arbeitszeit nicht berühren, sollen in solche Verträge nicht aufgenommen werden.

Die Zahlstellen des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands sollen in ihren betreffenden Zahlstellen darauf hinwirken, daß kollektive Arbeitsverträge, wie sie vorstehend umschrieben sind, zustande kommen — kollektive Arbeitsverträge, die geeignet sind, die beruflich wirtschaftliche Lage der Zimmerer in ihrem betreffenden Zahlstellengebiet zu wahren und zu verbessern.

Die Verbandszahlstellen können auch im Namen der Zimmerer ihres Zahlstellengebiets handeln und kollektive Arbeitsverträge abschließen, jedoch ohne damit den Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands rechtswirksam zu verpflichten.

Mit den zentralen Verbandsmitteln soll darauf hingewirkt werden, daß die von den Verbandszahlstellen abgeschlossenen kollektiven Arbeits- und Tarifverträge innegehalten werden. Dieses Versprechen kann in jedem Falle durch die Unterzeichnung der Verträge von seiten eines Vertreters des Zentralvorstandes gegeben werden.

2. In Erwägung, daß das am 26. März 1908 mit dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe vereinbarte Tarifmuster für 1910 lokale Verhandlungen zur Vereinbarung neuer Tarifverträge vorsieht, wird den oben umschriebenen Grundsätzen gemäß an lokalen Verhandlungen festhalten.

Werden zentrale Verhandlungen von anderer Seite veranlaßt, so sind Zentralvorstand und Verbandsausschuß berechtigt, aus ihrer Mitte Vertreter daran teilnehmen zu lassen.

Handelt es sich dabei um Erledigung von örtlichen Differenzen, so sollen auch Vertreter aus den beteiligten Lohnbezirken hinzugezogen werden.

Die Entscheidung über das Ergebnis der eventuellen Verhandlungen steht den Mitgliedern zu.

Nötigenfalls sind Zentralvorstand und Verbandsausschuß berechtigt, eine Generalversammlung einzuberufen, um zu dem Ergebnis der Tarifverhandlung Stellung zu nehmen.

Zur Kranken- und Arbeitslosenunterstützung lagen eine ganze Anzahl Anträge vor. Die Einnahme der Beiträge für die Arbeitslosenunterstützung, die am 1. Mai 1905 begonnen, belief sich bis Jahresschluß 1908 auf 920 614 Mark; dieser Einnahme stand eine Ausgabe von 827 986 Mark gegenüber, mithin war am Jahresschluß 1908 ein Ueberschuß von 92 628 Mark vorhanden. In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres, während der beitragsfreien Zeit, sind bereits 352 994 Mark für diesen Zweck ausgegeben worden. Gesagt muß aber werden, daß ohne Schaffung einer besseren finanziellen Grundlage auch dieser Unterstützungszweig nicht weiter ausgebaut werden kann.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Krankenunterstützung gegen 9, die des Sterbegeldes gegen 7 Stimmen. Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung wird mit 65 gegen 48 Stimmen beschlossen.

Der Beschluß über den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung macht eine Beitragserhöhung notwendig. Die Kollegen befürworten diese fast ausnahmslos, selbst jene Delegierten, die gegen den Ausbau gestimmt haben. Etliche Delegierte regen eine Erhöhung um 10 Pf. an mit der Begründung, einen Teil dieser Erträge für die Arbeitslosenunterstützung und den andern Teil für Kampfesmittel bereit zu stellen.

Durch namentliche Abstimmung wurde beschlossen, ab 1. Juli 1909 (18. Beitragswoche) tritt in allen Beitragsklassen eine Erhöhung der Wochenbeiträge um 5 Pf. ein.

Am 1. März 1910 tritt in allen Klassen eine abermalige Beitragserhöhung um 5 Pf. pro Woche ein.

Hierfür werden die Sätze der Arbeitslosenunterstützung, welche sich auch auf die Reiseunterstützung beziehen, wie folgt verbessert:

Am 1. Dezember 1909 erhalten diejenigen Mitglieder, welche volle drei Jahre Mitglieder sind und 120 Beiträge entrichtet haben, in der ersten und zweiten Beitragsklasse 1,25 Mk. pro Tag auf die Dauer von 36 Tagen pro Jahr und in den drei letzten Beitragsklassen 1,50 Mk. pro Tag und gleicher Dauer.

Ab 1. Dezember 1910 erhalten ferner diejenigen Mitglieder, welche volle vier Jahre dem Verbande angehören und 160 Beiträge geleistet haben, in den ersten beiden Beitragsklassen 1,50 Mark pro Tag, auf die Dauer von 36 Tagen im Jahreszeitraum.

Die Stellungnahme des Verbandes zum Betonbau legte Ecke-Hamburg dar. Die von ihm zu dieser Frage vorgelegte Resolution wurde nach längerer Diskussion angenommen; sie lautet:

Die 18. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands erklärt, daß die Verschalungsarbeit und Abstützungsarbeit am Betonbau Zimmererarbeit und daher jeder andern Zimmerarbeit gleichzuachten ist.

Sie verpflichtet daher die Zahlstellen, dem Betonbau die größte Aufmerksamkeit zu schenken und dahin zu wirken, daß für die Einschalungsarbeiten mindestens der tarifliche oder der ortsübliche Zimmerlohn gezahlt wird, daß ferner die vielfach längere Arbeitszeit beseitigt und die für Zimmerer übliche Arbeitszeit innegehalten wird.

Im übrigen ist auch der Kartellvertrag zwischen den Zentralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer für den Betonbau maßgebend

Insbesondere ist bei der Agitation darauf zu achten, daß die Hilfsarbeiter (nicht Zimmerer) dem Verbande der baugewerblichen Hilfsarbeiter angehören.

Sympathiestreiks können nur auf Antrag und Genehmigung der Zentralvorstände erklärt werden.

Am letzten Verhandlungstage beschäftigte man sich vorwiegend mit der Beratung des Statutenentwurfs. Die Vorlagen des Vorstandes wurden unverändert angenommen.

Das Streikreglement erhält folgende Einleitungssätze:

Jedes Verbandsmitglied übt sein gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht (§ 152 der Reichsgewerbeordnung) im eigenen

---

(81) [Nachdr. verb.

Berthold Meryan.

Roman von Cornelie Huygens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Denkst Du also wirklich, nun in zwei Jahren fertig zu sein, Berthold?" fragte Carla.

„Ja, ganz bestimmt! Im ersten Jahre habe ich freilich arg gebummelt. Ich hatte kein Ziel und keine Lebenslust . . . war oft so sonderbar und so durcheinander . . . später will ich Dir dieses alles einmal erzählen. Ich mußte ja wohl etwas arbeiten, aber es war mir vollständig gleichgültig, ein Jahr mehr oder weniger in Delft zu bleiben . . . bis auf einmal ein guter Genius Dich, Liebling, mir schenkte. Nun erst wußte ich, für wen ich eigentlich zu arbeiten hatte, suchte ich das Versäumte nachzuholen und habe dadurch auch meine Zwischenprüfungen bestehen können. Aus diesem Grunde bin ich diesen Winter auch so selten nach Hause gekommen . . . freilich hast Du mir deswegen oft genug gezürnt, weißt Du es noch?"

Berthold war am vorhergehenden Abende in der Sommervilla bei Haarlem eingetroffen und spazierte nun mit Carla in dem abgelegensten Teile des Parks hin und her. Er hielt sie mit der einen Hand umschlungen, während sie ihr Köpfchen einschmeichelnd an seine Schulter gelehnt hatte.

„Was bist Du doch für ein närrischer Junge!" sagte sie lächelnd.

„Warum nur?" fragte er erstaunt. „Begreifst Du denn nicht, daß ich mit Sehnsucht danach strebe, daß Du mir ganz gehören wirst?"

„Das meine ich ja auch nicht. Aber Du sprichst von Deinen Arbeiten gerade so, als ob Du ein armer Tagelöhner wärest."

Und wieder lachte sie mit ihrer hellen, silbernen Stimme und fuchtelte mit einem Blumenzweig, den sie in der Hand hielt, ihm neckend im Gesicht herum. „Du bist wirklich in allem immer so amüsant-ernst."

Er lachte nun auch mit, blieb stehen, nahm das hübsche nackende Händchen und küßte es mit leidenschaftlichem Ungestüm, es abwechselnd küssend und bewundernd wie es da lag so wunderbar klein, zart und kindlich in seiner großen kräftigen Hand.

„Sollte in unserm ganzen Lande noch wohl ein solches niedliches Händchen zu finden sein?" fragte er. „Ich glaube es nicht."

Sie lachte wieder hell auf, blickte ihn mit ihren braunen Augen voll goldner Strahlen an und hielt ihr kleines rotes Mündchen dicht an ihn, und er in der ganzen Seligkeit seiner Liebe beugte sich über sie her, Himmel und Erde vergessend, bis sie sich mit den Worten loswand:

„Pfui, wie Du meine Frisur in Unordnung bringst! Alle Haarnadeln fallen ja heraus . . . . . sieh' nur mal!"

Sie brachte nun einen Taschenspiegel zum Vorschein.

„Hier halte ihn fest, so lange wie ich es wünsche! Das ist eine wohlverdiente Strafe für Dich . . . . Nein, so darfst Du ihn nicht halten . . . . höher . . . . ein wenig mehr nach hinten! So ist's gut; aber nun rühre Dich nicht, sonst kann ich nichts sehen!"

Er blieb stehen und rührte sich nicht, als vor ihm die mit Juwelen geschmückten Händchen in den rot-goldenen Haarwellen herumwühlten, und er beobachtete diese hurtig-schnellen katzenartigen Bewegungen aus nächster Nähe mit einem innern Behagen. Und zugleich glitten seine Augen herab nach den leicht gekräuselten Nackenhärchen und nach dem prächtigen Hals, den das schwach ausgeschnittene Sommerkleid unbedeckt ließ.

„So, nun kann ich mich wenigstens wieder halbwegs sehen lassen!" sagte sie nach einigen Minuten. „Gib mir jetzt meinen Spiegel nur wieder zurück!"

„Das fällt mir gar nicht ein. Erst muß ich für meine Engelsgeduld eine Belohnung haben."

Sie wollte ihm den Spiegel nun mit Gewalt abnehmen, aber alle ihre Versuche endigten damit, daß sie Gefahr lief, noch mehr als vorher in Unordnung zu geraten.

„Wenn Du so ungezogen wirst, gehe ich nie mehr mit Dir spazieren!" drohte sie mit erhobenem Finger.

„In zwei Jahren spazieren wir hier als Mann und Frau," sagte er, indem er seinen Arm um sie schlang und mit ihr weiter ging. „Dann hilft Dir kein Widerstreben, sondern dann bin ich Dein Herr und Gebieter, und wenn ich dann Lust habe, Deine Frisur in Unordnung zu bringen und alle Nadeln herauszunehmen, tue ich es ohne alle Umstände, verstehst Du wohl? Ich habe diese blonde Herrlichkeit bloß ein einziges Mal gesehen, als Du damals als Göttin auftratest."

„Zwei Jahre sind aber noch so lange . . . ." sagte sie schelmisch.

„So ganz lange dauert es nun doch nicht mehr, Liebste . . . . ich wollte Dir übrigens einen Vorschlag machen. Da ich meine Studien nun zur Hälfte vollendet habe, können wir ja um Vaters Erlaubnis fragen und unsre Verlobung veröffentlichen. Ich habe eingehend darüber nachgedacht . . . . und ich halte es wirklich in jeder Hinsicht für das Beste."

Sein Vorschlag überraschte sie im ersten Augenblick, und ihr Herz pochte. Wie herrlich müßte es nicht sein, jetzt schon aus ihrer untergeordneten Stellung herauszukommen, jetzt schon in der ganzen Umgebung als die Verlobte des Hausohnes zu gelten, anstatt als Babys Gouvernante von den Meisten nicht beachtet zu werden! Freilich hatte sie in den letzten Monaten sehr oft mit Verlangen an Robert Kant zurückgedacht, aber sein systematisches Weagbleiben hatte ihr schließlich jede Hoffnung genommen. Aus diesem Grunde war sie entschlossen, nun endgültig an Berthold festzuhalten.

Nach der ersten freudigen Erregung beschlich sie dennoch ein Gefühl plötzlicher Angst. Wenn alles vielleicht doch anders käme, als wie sie hofften! Wenn seine Eltern sich seiner Verlobung widersetzten . . . . und sie selbst bei der Entdeckung ihres Verhältnisses fortgeschickt . . . für immer von ihm getrennt würde! Vielleicht suchte man ihn auf jede nur mögliche Weise zu beeinflussen, um ihre Liebe zu brechen . . . . und was sollte sie anfangen, wenn alles wieder verloren wäre?

Ihr Schweigen bestärkte ihn in der Meinung, daß sie mit seinem Vorschlage einverstanden sei.

„Denke nur, Carla, wie schön es erst sein wird, wenn wir vor allen Leuten als Verlobte gelten dürfen! Dieses Heucheln und Betrügen ist mir in der Seele verhaßt . . . . und Dir gewiß auch."

„Natürlich," antwortete sie, „aber es wäre doch noch schlimmer, wenn wir unser Geheimnis zu früh offenbarten. Du hälfst die Zustimmung Deines Vaters für gewiß, ich aber nicht. Was sollen wir anfangen, wenn er dagegen ist, weil . . . . weil ich in seinen Augen nur eine arme Gouvernante bin! Wenn er Dir verbietet, an mich zu denken! Siehst Du, das würde mein Tod sein . . . ." Thränen erstickten plötzlich ihre Stimme, und tief ergriffen drückte er ihren Arm fester an den seinen.

„Mir verbieten, an Dich zu denken . . . . als wenn dies sich nur so einfach verbieten ließe! Du bist mein Alles, Carla, und ich könnte ebensowenig auf Dich als auf die Luft, welche ich einatme, verzichten.

„Aber wir wollen die Sache doch mal ruhig besprechen. Das Schlimmste, was geschehen könnte — im Falle Vater dagegen wäre — würde sein, daß er uns zu trennen suchte . . . nun wohl, in diesem Falle könntest Du Dich vorübergehend bei Deiner Freundin in Brüssel aufhalten, wo ich Dich nächstes Jahr, sobald ich großjährig bin, zurückfordern würde. Diese mögliche Trennung von einem oder höchstens zwei Jahren, wie entsetzlich sie mir auch sein würde, könnte doch nicht schlimmer sein als dieser peinliche fortgesetzte Betrug meiner Eltern."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0009

Namen, auf eigene Verantwortung und Gefahr und nicht im Namen des Zentralvorstandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, nicht auf dessen Verantwortung und Gefahr. Ebenso sind die Verbandsgeschäftsstellen nicht befugt, im Namen des Gesamtverbandes und unter dessen Verantwortung Sperren zu verhängen, Streiks zu erklären oder auf andere Weise das Koalitionsrecht anzuwenden. Sie tun dies vielmehr im eigenen Namen und unter eigener Verantwortung.

Der Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands unternimmt und führt nicht selbst Arbeitskämpfe; er kann seine Mitglieder in solchen unterstützen.

Falls diese Unterstützung gewährt wird, hängt sie davon ab, daß von den zu Unterstützenden die Regel und Vorschriften beachtet und innegehalten werden.

Die allgemeinen Regeln des Streikreglements werden nicht geändert.

Auf Antrag Eckes wurde dem Arbeitslosenunterstützungsreglement ein neuer Absatz angefügt, der besagt, daß Kollegen, die länger als ein Jahr im Auslande waren, erst wieder nach einjähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 40 Wochenbeiträgen bezugsberechtigt sind.

Die Anträge auf Aenderung der Karengzeit wurden nach längerer Debatte zum Teil abgelehnt, zum Teil zurückgezogen, und bleiben die jetzt geltenden Bestimmungen bestehen. Das Reiseregelement wird dahin abgeändert, daß die Höchstsumme pro Tag 1,25 Mk. beträgt; sie wird in der Weise verrechnet, daß die empfangene Reiseunterstützung der zu beziehenden Arbeitslosenunterstützung gleichkommt.

Das nunmehr umgeänderte Statut soll am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg; die bisherigen Beamten, einschließlich des Redakteurs Bringmann, werden einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt Berlin und Kube Vorsitzender desselben. Die Preßkommission behält ihren Sitz in Hamburg.

Zur Annahme gelangt noch der folgende Antrag:

„Sollte sich bei der nächsten Tarifbewegung im Jahre 1910 die Notwendigkeit einer außerordentlichen Generalversammlung herausstellen, so sollen, wenn die Zeit nicht zu Neuwahlen reicht, die Delegierten der 18. Generalversammlung eingeladen werden."

Den Tagungsort den nächsten Generalversammlung soll der Vorstand bestimmen.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz, 4. Mai. Zur Maifeier. Wie wir schon gestern mitteilten, beteiligten sich an der Tagesfeier, also an der abfolnten Arbeitsruhe, 498 Personen, und zwar 406 Männer und 87 Frauen.

Gewerkschaftlich organisiert waren:

Holzarbeiter	56	Schuhmacher	9
Maurer	52	Müller	8
Metallarbeiter	40	Fabrikarbeiter	7
Tagarbeiter	30	Maler und Lackierer	6
Tabakarbeiter	22	Lagerhalter	6
Handschuhmacher	18	Bildhauer	5
Handels- u. Transportarb.	16	Gastwirtsgehilfen	4
Bau- u. Erdarbeiter	15	Sattler	4
Bäcker u. Konditoren	15	Töpfer	4
Gastwirte (freie)	15	Barbiere	3
Glaser	12	Lithographen	3
Steinsetzer	12	Maschinisten u. Heizer	3
Schneider	11	Schmiede	3
Zimmerer	11	Buchbinder	1
Dachdecker	10	Textilarbeiter	1
Handlungsgehilfen	10		

Nicht gewerkschaftlich organisiert waren 28 Männer.

Eine Anzahl der Teilnehmer gehören zwei Organisationen an, doch ist hier immer nur der Hauptberuf aufgeführt. Ebenso sind die Genossen der Gewerkschaftsorganisation eingereiht, die zwar nicht mehr im ursprünglichen Beruf tätig sind, für deren jetzigen Beruf aber eine Organisation in unserem Sinne nicht besteht. Die Fragen nach der politischen Organisation und dem Lesen des „Volksblatts" sind wie folgt beantwortet:

	Mitglied im Soziald. Wahlv. u. Leser des Volksbl.	Nur im Sozialdemokr. Verein.	Nur Leser des Volksblattes.	Nicht im Sozialdem. Verein und auch nicht Leser des Volksblatts.	
Holzarbeiter	29	2	20	5	56
Maurer	26	4	15	7	52
Metallarbeiter	17	2	16	5	40
Bergarbeiter	16	—	11	3	30
Tabakarbeiter (9 weibl.)	10	1	8	3	22
Handschuhmacher	14	—	4	—	18
Handels- u. Transportarbeit. (1 weibl.)	9	—	7	—	16
Bau- u. Erdarbeiter (6 weibl.)	4	1	6	4	15
Bäcker	9	—	2	4	15
Freie Gastwirte	15	—	—	—	15
Glaser	4	1	4	3	12
Steinsetzer	6	—	6	—	12
Schneider (7 weibl.)	10	—	1	—	11
Zimmerer	7	1	—	3	11
Dachdecker	4	—	4	2	10
Handlungsgehilfen (8 weibl.)	6	—	3	1	10
Schuhmacher	5	—	3	1	9
Müller	4	—	3	1	8
Fabrikarbeiter	3	1	2	1	7
Maler und Lackierer	2	—	2	2	6
Lagerhalter	6	—	—	—	6
Bildhauer	1	—	4	—	5
Gastwirtsgehilfen	2	—	1	1	4
Sattler u. Tapezierer (1 weibl.)	—	—	3	1	4
Töpfer	4	—	—	—	4
Barbiere	1	2	—	—	3
Lithographen 2c.	1	—	1	1	3
Maschinisten und Heizer	3	—	—	—	3
Schmiede	1	—	2	—	3
Buchbinder	—	—	1	—	1
Textilarbeiter	—	—	—	1	1
Nicht gewerkschaftlich organisiert					
Männer	11	—	7	10	28
Frauen	11	—	42	—	53
	241	15	178	59	493

Ueber die Teilnahme ist noch anzuführen, daß z. B. Holzarbeiter ein viel stärkerer Zahl hätten feiern müssen. In manchem Betriebe lag das Verhältnis so günstig, daß bei einigermaßen gutem Willen und bei etwas mehr Mut die Arbeit am 1. Mai ruhen konnte, ohne daß eine Maßregelung zu befürchten war. Ebenso lag es bei den Maurern, den Tabakarbeitern, den Handschuhmachern und den Glasern. Die Maurer befinden sich in einer so günstigen Situation, daß sie diese auch ausnützen müssen. Von ihnen brauchte nicht einer zu arbeiten. Und doch haben erst am Sonnabend früh einige Bauten die Arbeit eingestellt. Wahrscheinlich aber haben noch mehr Maurer gefeiert, als in Hayna-burg waren. Die Tabakarbeiter hatten beschlossen, alle zu feiern und bei ihnen, als zumeist Heimarbeiter, war das auch leicht möglich. Trotzdem haben viele nicht gefeiert. Auch den Handschuhmachern stand nichts im Wege. Auch alle Glaser hätten nicht mitgefeiert, trotzdem sie sich den ersten Mai schon errungen haben.

Zeitz, 5. Mai. Aussperrungen. Die Beteiligung an der Maifeier hat, wie äußerlich, Maßregelungen zur Folge gehabt. Bei der Firma Pfeiffer, Kinderwagenfabrik, sind ausgesperrt ein Kordmacher, ein Tischler, sieben Schmiede, zwei Schleifer und drei Lackierer. Am Montag früh standen bei der Fabrik der Polizeikommissar und vier Polizisten, gleichsam als fürchtete die Firma, daß die Ausgesperrten irgendwelche Revolution machen würden. Kennt denn der Chef die Arbeiter, die zum Teil schon jahrlang dort beschäftigt sind, nicht? Dieser Vorgang ist einfach beschämend und sehr bedauerlich, aber uns begreiflich, daß die Polizei sich zu solchen Diensten hergibt. Das sieht ganz so aus, als wenn die Polizei sehr oft nichts zu tun hat. Die Ausgesperrten sollen sich bis zum 6. Mai erholen. Das kann ihnen nur nützen. Ausgesperrt sind weiter bei der Firma Meißner, Altenburgerstraße, vier Dachdecker und ein Hilfsarbeiter. Ein zweiter Dachdeckermeister hat seine Leute ruhig arbeiten lassen; er wollte mit seinen Leuten in Frieden leben.

Ebenso sind noch einige Holzarbeiter bei verschiedenen Meistern einige Tage ausgesperrt, doch fehlen darüber noch genauere Mitteilungen.

Zeitz, 5. Mai. Zur Maurerbewegung. Am 6. Mai sollen die hiesigen Meister Antwort geben auf die eingereichten Forderungen der Maurer. Es scheint aber, als ob die Meister nicht die Absicht haben, die Forderungen zu bewilligen, denn man soll sich schon nach auswärtigen Arbeitern umsehen. Wenn die Meister denken, daß sie damit gut fahren — falls überhaupt diese Leute hierher kommen — dann können sie sich sehr irren. Und die Geschäftswelt wird es den Meistern auch nicht Dank wissen, die diese Fremden holen, die hier zwar Geld verdienen, es aber auch mit fortnehmen. Die Maurer selbst machen sich aus dem Verhalten der Meister sehr wenig. Es sind schon 40 Mann nach Leipzig abgereist, wo Arbeit in Hülle und Fülle ist. Wollen die Meister also alle ihre tüchtigen Leute los werden, so brauchen sie am 6. Mai nur die Forderungen zu verweigern. Den Schaden haben sie aber selbst. Wie übrigens die „Herren im Hause" vorgehen, dafür bietet folgendes Abgangszeugnis eines Maurers drastischen Beweis:

Der Maurer H. . . . . aus B. . . . . hat vom 5. April bis 28. April 09 bei mir in Arbeit gestanden und gehörte der hiesigen Allgem. Ortskrankenkasse als Mitglied an und ist als Vorbote des Ausstandes aus der Arbeit geschieden.

Zeitz, den 30. April 1909. Karl Funke,
Maurer- und Zimmermeister.

Der Mann scheint gar nicht zu wissen, daß er ein solches „Zeugnis" nicht ausstellen darf. Wenn die Meister so handeln, darf man sich nicht wundern, wenn auch die Arbeiter anders vorgehen. Terrorismus üben aber die Meister nicht.

Weißenfels, 4. Mai. Vom Blitze getroffen wurde am Sonnabend nachmittag bei dem starken Gewitter der Fleischermeister Noack aus Untergreißlau. Er war auf dem Schweineeinkauf und fuhr von Schönburg nach der Kroppenmühle, als ein Blitzstrahl ihn traf und seine Kleidung in Brand setzte. Da Noack nicht betäubt war, gelang es ihm, den brennenden Rock und die Weste schnell herunter zu reißen. Dabei hat er sich an Arm und Hand verbrannt. Sonst hat ihm der Blitz nicht geschadet.

Krostitz, 5. Mai. Sämtliche Maurer haben am 30. April die Arbeit wegen Lohndifferenzen niedergelegt.

Eisleben, 5. Mai. Vergiftet. Im Gasthof zum „Weißen Roß" hier, vergiftete sich ein aus Köln zugereister unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann mit Lysol.

Mansfeld, 4. Mai. Logiergast und Polizeistunde. Bei dem Gastwirt Eberhardt logierte in einer Oktobernacht des vergangenen Jahres ein Mehlreisender aus Aschersleben. Dieser hatte einen Bäckermeister und eine andere Person eingeladen, mit ihm im Gastzimmer Eberhardts zu kneipen, und hatte mehrmals zum Wirt gesagt, die beiden Herren seien seine Gäste, er habe sie eingeladen. Eberhardt duldete sie auch noch, nachdem die Polizeistunde eingetreten war. Er nahm an, daß der Logiergast im Gastraum auch noch nach Eintritt der Polizeistunde verweilen dürfe und daß dies deshalb auf die Gäste des Logiergastes ebenfalls zutreffe. Der Wirt wurde aber wegen Uebertretung der Polizeistunde angeklagt. Die Strafkammer beim Amtsgericht in Eisleben als Berufungsinstanz sprach ihn frei, indem sie sich der Auffassung des Angeklagten anschloß und annahm, es würde zuweit gehen wenn man verlangen wollte, daß der Logiergast mit den von ihm eingeladenen Personen während der Polizeistunde ein besonderes Zimmer aufsuchen müßte.

Das Kammergericht hob dies Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück: Es wäre allerdings richtig, daß der Logiergast einer Gastwirtschaft (eines Hotels) in der Gaststube solange bleiben könne als er wolle. Wenn er aber jemanden eingeladen habe, so sei dieser nicht etwa auch zu einem Logiergast geworden. Der Eingeladene sei ein Schankgast im gewöhnlichen Sinne. Daraus folge, daß er in der allgemeinen Schankstube nicht über den Eintritt der Polizeistunde hinaus geduldet werden dürfe. In Fällen, wie hier einer vorlag, bliebe dem Logiergast nichts weiter übrig, als die von ihm eingeladenen Personen mit auf sein Logierzimmer zu nehmen.

Aisleben, 5. Mai. Uebersentimental. Am 27. April vergiftete sich eine verheiratete Frau Beseke. Sie hatte mit ihren Nachbarn Streit wegen eines von ihr mit umgegrabenen Stück Weges am Gartenland. Dieser Tage sollte der Katasterbeamte kommen, um die Grenze genau festzustellen. Dies glaubte die B. nicht überleben zu können. In einem Abschiedsbrief an ihren Mann legte sie noch ihren letzten Willen fest. Als ihr Mann am Abend von der Arbeit kam, mußte er die Tür vom Schlosser öffnen lassen. Seine Frau lag tot im Bett.

Kelbra, 5. Mai. Selbstmord. In ihrer Wohnung wurde Sonntag nachmittag die 72 Jahre alte Witwe Friederike Heyroth geb. Lemmer erhängt aufgefunden. Schon seit langem war sie leidend und hatte schon oft den Tod herbeigesehnt.

Uftrungen, 5. Mai. Vermißt. Der Bergmann Theodor Müller hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag aus seiner Wohnung entfernt, ohne bis jetzt zurückgekehrt zu sein. Er litt an einem Krebsleiden und sollte in den nächsten Tagen zur Operation nach Halle gebracht werden. Ob er sich ein Leid angetan, konnte bis heute noch nicht ermittelt werden. Sollte jemand seinen Aufenthalt kennen, so wird gebeten, dies der hiesigen Ortsbehörde anzuzeigen.

Wittenberg, 5. Mai. In die eigene Falle ging der Arbeiter H. Mühe aus Piesteritz, der nachts in den Gebhardtschen Fleischerladen in der Berlinerstraße einbrechen wollte. Er hob die Jalousie und befand sich so eben zwischen der Eingangstür und der wieder heruntergelassenen Jalousie, als ihn der Besitzer entdeckte und überwältigte. Mühe wurde dem Amtsgericht zugeführt; er soll schon mehrfach vorbestraft sein.

Ballenstedt, 5. Mai. Mord oder Selbstmord? Gestern abend wurde in einem Personenzuge die Leiche des 28 Jahre alten Gärtnergehilfen Fritz Hellmann aus Magdeburg mit mehreren Schußwunden im Kopfe aufgefunden. Er hatte seine in Ballenstedt wohnende Braut besuchen und sich heute verheiraten wollen. Auf der Fahrt von Quedlinburg nach Ballenstedt soll er ermordet und seiner Barschaft sowie seiner Uhr beraubt worden sein. Ob das tatsächlich der Fall ist, bedarf noch der Feststellung.

Aus den Gemeinden.

Gatersleben. Stadtverordneten-Sitzung. Zunächst wurde vom Kassenrevisions-Protokoll und vom Geschäftsbetrieb der Stadtsparkasse Kenntnis genommen. Infolge des günstigen Kursstandes war der Abschluß der Sparkasse einer der besten seit Bestehen. Der Reservefonds hat die gesetzliche Höhe überschritten und beträgt 11 Proz. der Einlagen. Hierauf entspann sich eine Debatte über eine Verfügung des Regierungspräsidenten zu baulichen Aenderungen bei alten Rathause. Bei öffentlicher Benutzung müssen im alten Rathause erhebliche Aenderungen vorgenommen werden. Der Vorsitzende vertritt die Ansicht, daß das alte Rathaus abgebrochen werden solle, da bekanntlich auf dem Janzenschen Grundstück ein neues gebaut wird. Da der Pachtvertrag mit dem Ratskellerwirt im September ds. Js. abläuft, soll der Regierungspräsident ersucht werden, bis dahin die Verfügung zurückzuziehen. — Die Mittelbrücke ist nur zum Teil aus Holz gebaut, der Forstfiskus ist im Jahre 1848 durch Vertrag aber verpflichtet, das Holz zur Brücke zum Tagpreis herzugeben. Der Forstfiskus hat aber infolge der neueren Bauart weniger Holz geliefert und dadurch ein Geschäft gemacht. Anfangs wurde für den Kubikmeter Holz 35 Mk. verlangt, neuerdings aber 45 Mk. Es wurde beschlossen, unter allen Umständen zu versuchen, die Differenz vom Forstfiskus zu bekommen. — Rektor Mücksch fordert für Lern- und Lehrmittel 5000 Mk. Es wurde beschlossen, 600 Mk. sofort zu bewilligen und jedes Jahr 600 Mk. für diesen Zweck im Etat einzustellen. Genosse Müller hatte beantragt, 2000 Mk. sofort zu bewilligen. — Zur Erbauung des Wasserturms macht sich die Erwerbung eines Platzes notwendig. Man stimmte für Ankauf des 4377 Quadratmeter großen Terrains der Witwe Wilhelm. Die auf dem Janzenschen Grundstück stehenden, nunmehr der Stadt gehörigen Wohn- und Fabrikräume wurden auf 10 Jahre für den Pachtpreis von 2000 Mk. jährlich an den Glaser Obitz verpachtet. — Stadtv. C. Schäfer stellt den Antrag, der Magistrat möge die baldige Durchführung der Wilhelmstraße bis zum Wilhelmsplatz einer Erörterung unterziehen. — Stadtv. Naumann findet es für recht eigentümlich, daß gerade Herr C. Schäfer diesen Antrag stellt, da er Anlieger dieser durchzuführenden Straße ist. — Der Vorsitzende stellt an den Magistrat die Anfrage, was er gedenkt zu tun, um die geplante Sperrung des Bahnüberganges durch die Eisenbahndirektion zu verhindern. Der Bürgermeister erklärt, eine Beschwerde an den Minister der öffentlichen Arbeiten zu richten. In der letzten Sitzung lag eine Eingabe vom Arbeitersekretariat vor, in welcher versucht wurde, einem ledigen Arbeiter das Bürgerrecht zu gewähren. Die Sache wurde damals dem Magistrat zur Prüfung überwiesen. Die Sache wird in der nächsten Sitzung zur Beschlußfassung vorliegen. — Gen. Sämisch, welcher am 29. März zum Stadtverordneten gewählt worden ist, konnte an der heutigen Sitzung noch nicht mit teilnehmen. Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses wurde so spät vorgenommen, daß die Einspruchsfrist Sonnabend, den 24. d. Mts., erst abläuft.

Stedten. Gemeindevertretersitzung am 28. April. Tagesordnung: Punkt 1 Genehmigung des Etats für 1909/10 und Punkt 2 Wahl eines Mitgliedes in die Schulkommission. — Zu Punkt 1 wurde festgestellt, daß Einnahme und Ausgabe mit 38 500 Mk. bilanzieren. Es wurde beschlossen, einen Aufschlag von 175 Proz. zu erheben. Bei dem Kapitel Schul-Utensilien wies Genosse Petersohn darauf hin, daß es wohl angängig wäre, für sämtliche Schulkinder die Lehrmittel auf die Gemeindekasse zu übernehmen. Ein solcher Antrag wird gestellt werden und wir werden ja sehen, wie sich die bürgerlichen Vertreter hierzu stellen werden. Daß ein solcher Antrag sehr berechtigt ist, braucht nicht erst noch betont zu werden, denn mancher Arbeiter, der vier und noch mehr Kinder in die Schule schicken muß, weiß nicht, wo ihm der Kopf steht. Bei Punkt 2 wurde Herr Kaufmann Degenkolbe in die Schulkommission gewählt.

Versammlungsberichte.

Halle. Buchdrucker. Als eine sehr wichtige Aufgabe betrachtet es der Vorstand des Ortsvereins Halle, die nach Beendigung ihrer Lehrzeit in unseren Beruf eintretenden jungen Leute für den Verband zu gewinnen. Schon seit einigen Jahren werden kurz vor dem Auslernen die jungen Leute zu einer Zusammenkunft eingeladen, in welcher sie mit den Einrichtungen, den Zwecken und Zielen des Verbandes, der für uns Buchdrucker allein maßgebenden Organisation, bekannt gemacht werden. Diese Bemühungen sind von Erfolg gewesen. Fast alle Ausgelernte konnten wir in den früheren Jahren für den Verband gewinnen. So auch in diesem Jahre. 24 Neuausgelernte konnten in der Ortsversammlung am 25. April in unsere Reihen aufgenommen werden, außerdem noch drei ältere Kollegen. — Auf Antrag des Vorstandes wurde eine Unterstützungserhöhung beschlossen, und zwar sollen diejenigen Kollegen, die sich auf der Reise befinden und noch nicht zum Bezuge der Reiseunterstützung berechtigt sind, als einmalige Unterstützung statt bisher 1 Mk. jetzt 1,50 Mk. erhalten, während die durchreisenden ausgesteuerten Kollegen statt 1,25 Mk. 2 Mk. erhalten sollen. — Die Beratung der Tagesordnung für den am 23. Mai in Magdeburg stattfindenden Gautag gab Anlaß zu einer ausgedehnten Debatte. Besonders waren es die Anträge auf Verringerung der Gautage (statt jährliche sollen nur die drei- bis zweijährige Gautage stattfinden), mit denen sich einige Kollegen nicht einverstanden erklären konnten. Infolge der ergiebigen Diskussion mußte die Durchberatung der übrigen zum Gautag aufgestellten Tagesordnungspunkte auf die nächste Versammlung verschoben werden. — Unter „Mitteilungen" forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, sich in üblicher Weise an der Maifeier zu beteiligen. Den Hilfsarbeitern, die sich in einer Tarifbewegung befinden, wurde die Sympathie der Versammlung zum Ausdruck gebracht. Es soll ihr Vorgehen möglichst unterstützt werden.

Halle. Bauarbeiter. Am 20. April 09 fand unsere Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 09. 2. Bericht des Delegierten vom Verbandstage. 3. Verbandsangelegenheiten. Aufgenommen wurden sieben Kollegen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Geschäftsführer die Abrechnung vom ersten Quartal 1909. Wir hatten eine Einnahme von 2108,61 Mk., eine Ausgabe von 1062,19 Mk.; bleibt ein Kassenbestand von 1076,42 Mk. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden. Zum zweiten Punkt erstattete der Kollege Wandermann Bericht vom Verbandstage. Er führte den Kollegen so recht vor Augen, was für schwere Opfer die Jahre 1907 und 1908 bei Streiks und Lohnbewegungen gefordert haben. Ferner erörterte er die Verschmelzungsfrage mit dem Maurerverband, die auf unserm Verbandstage in Köln beschlossen ist. Im dritten Punkte wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns in den Ortschaften Zeitz, Delau, Schiepzig und Rietleben in Lohnbewegung befinden. Da die Bewegung für uns sehr günstig liegt, sind die Ortschaften zu meiden.

Elsterwerda. Gewerkschaftskartell. Sitzung vom 21. April. Der Kassenabschluß konnte nicht gegeben werden, da der Kassierer fehlte. Vom Gewerkschaftskartell Bodwitz ging eine Einladung ein zu dem Gewerkschaftsfest am 13. Juni. Es wurde beschlossen, in den einzelnen Gewerkschaften Listen zirkulieren zu lassen, in denen sich die Mitglieder, die daran teilnehmen wollen, einzeichnen sollen. Dann wurde darauf hingewiesen, daß sämtliche Vergünstigungen, die stattfinden, vom Kartellvorsitzenden festgelegt werden, damit eine bessere Regelung möglich wird. Einige weitere Beschlüsse betrafen Geschäftliches. Es sollen zwei Lichtbildervorträge vom Gewerkschaftskartell arrangiert werden und zwar am 15. Mai in Biehla, am 16. Mai in Hohenleipisch. (Eintrittskarten 20 Pfg.) Unentschuldigt fehlten Paul Thiele, Franz Koppka und Otto Scharschuh.

Sprechstunde der Redaktion von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090506-17/fragment/page=0010